

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag- und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Mai 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 55

### Gauvorsteherkonferenz

Wenn jemals eine Gauvorsteherkonferenz vor Aufgaben besonders weittragender Art gestanden hat, so war es die diesmalige. Am 11. Mai trat sie im Weihen Saale der Berliner Handwerkskammer zusammen und brachte an drei Verhandlungstagen eine Reihe von schwerwiegenden Angelegenheiten förmlicher und organisatorischer Art in ausgedehnten, anstrengenden Sitzungen zur Vorberaufung bzw. Erledigung. Mit Ausnahme von Elßah-Lothringen und Polen waren alle Gawe vertreten, die größten Gawe (Berlin, Rheinland-Westfalen, Leipzig, Bayern) durch zwei Delegierte. Außerdem nahmen die Gehilfenvertreter der Tarifkreise I, III, VII, XII resp. deren Stellvertreter an den Verhandlungen teil. In den übrigen Tarifkreisen werden die Funktionen der Gehilfenvertreter von den betreffenden Gauvorstehern mit ausgeübt, beide Ämter liegen in einer Hand. Der Verbandsvorstand war bis auf ein erkranktes Mitglied vollständig, die „Korr.“-Redaktion durch zwei Mitarbeiter vertreten. Anwesend waren ferner die Vertreter sämtlicher Parteien und (ausnahmsweise) die vier Gehilfenbeiräte im Tarifamt.

Die Wichtigkeit der Beratungen wurde schon äußerlich durch zahlreiche gedruckte Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten illustriert, die alle Teilnehmer beim Beginn erhielten. Wir nennen hier außer der Vorlage des Verbandsvorstandes zum Punkt 2 und den Anträgen des Tarifamtes VIII (Berlin) nur die wichtigsten: „Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckergewerbe“ von Karl Schaeffer (Leipzig) und „Belehrplan zur Erlernung des Schriftsetzerberufs in vier Jahren“ von Georg Krebs (Köln a. Rh.).

Nach der Eröffnung der Konferenz gedachte der Verbandsvorstand Kollege Seiß zunächst des fünfzigjährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Eißler, das dieser am 24. April beging, ihm unter warmerherziger Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit für den Verband nachträglich die Glückwünsche der Gesamtorganisation übermittelnd. Kollege Eißler verknüpfte mit seinem Dank für die Ehrung den Wunsch, daß es der Organisation bald vergönnt sein möge, in ruhigeren Zeiten ersprießlich zu wirken. Hierauf gedachte Kollege Seiß in ehrenden Worten des Hinscheidens des Kollegen Albert Faber (Berlin), des Gehilfenvorstehenden im Tarifamt, und der Frau Paula Schiede, der Vorsitzenden des Hilfsarbeiterverbandes. Die Konferenzteilnehmer ehrten das Gedächtnis dieser Verstorbenen, die all ihr Wissen und Können jederzeit der Allgemeinheit nutzbar machten.

Eine von Berlin beantragte ausnahmsweise Zulassung von zwei Vertretern der Berliner Arbeiterräte zu einem Teil der Konferenzverhandlungen wurde abgelehnt. Neben sachlichen Bedenken wurden gegen die Zulassung geltend gemacht die an und für sich schon starke Vertretung Berlins auf der Konferenz und die Tatsache, daß verschiedene Sachverständige in der Rätefrage im Verbandsvorstand und unter den Konferenzteilnehmern vorhanden seien, sogar Teilnehmer am Rätekongreß selbst. Außerdem sei die Konferenz in der Lage, sich ein selbständiges Urteil zu bilden.

Darauf begannen die eigentlichen Verhandlungen. Den ersten Tagesordnungspunkt: „Besprechung der gegenwärtigen organisatorischen und tariflichen Lage“, leitete Kollege Grabmann ein. Er erinnerte dabei an die Tagung der letzten Gauvorsteherkonferenz in Leipzig, wo die Meinung vorherrschend war, daß bald eine Klärung im Wirtschaftsleben erfolgen werde zugunsten eines Zustandes, der ein friedliches Nebeneinanderarbeiten ermöglichen. Statt dessen herrsche das Chaos, und die Beunruhigung im Wirtschaftsleben werde fortgesetzt größer. Auch das Buchdruckergewerbe werde davon betroffen, so daß die auf Arbeit, Verdienst und Brot gerichteten Wünsche nur ungenügende Befriedigung fänden. Der Redner streifte sodann die wichtigsten Vorgänge im politischen und wirtschaftlichen Leben. Wie aus dem Volkswillen hervorgegangene Nationalversammlung habe die auf ihre Tätigkeit gerichteten Erwartungen nur zum Teil erfüllt, die Er-

gebnisse seien nur mager. Die wichtigsten Gesetzgebungsakte seien auf Rahmengesetze beschränkt geblieben. Auf wirtschaftlichem Gebiete sei die Entwicklung noch ungünstiger. Die Anreizpolitik der früheren Regierung habe zu einer Preissteigerung geführt, die in Verbindung mit dem Weltkollern der Löhne zur Katastrophe treibe. Am besten seien bezüglich der Lohnerhöhungen die Arbeiter gefahren, deren Arbeitgeber die Allgemeinheit ist (Eisenbahner, Straßenbahner, Bergarbeiter u. dgl.), abgesehen von den Beamten und Angestellten, denen die gewerkschaftliche Organisation früher verpönt war. Charakteristisch sei es, daß die größten Lohnbewegungen durchläßt waren mit politischen Forderungen aller Art. Besonders gefährdend für die Volkswirtschaft sei die Vernichtung von wirtschaftlichen Werten durch Generalstreiks geworden, deren Zustandekommen näher geschildert wurde. Die Verteilung sei in jenen Betrieben am größten gewesen, deren Arbeiter früher am meisten geknechtet wurden. Infolgedessen wurde dort das Verlangen nach einem Mitbestimmungsrecht über die Produktion, nach dem Räteystem, der Kontrolle der Betriebe und nach Sozialisierung am lautesten erhoben. Unter Einwirkungen von parteipolitischen Fanatikern habe eine Hege gegen Gewerkschaftsführer und Gewerkschaften eingeleitet, die Entsetzen auslöste über die getriebene „Arbeiterverbrüderung“. Das politische Glaubensbekenntnis sei ausschlaggebend geworden. Die Sozialisierung sei ein ganz anders erzeugenes und denkendes Geschlecht voraus. Der Gedanke selbst, daß auch den Arbeitern ein Anteil am Profit des Unternehmers zukomme, sei verständlich und zu begreifen. Nur über die Art, wie dies zu ermöglichen ist, geben die Meinungen stark auseinander, auch in unserm Gewerbe. In das Gären und Brodeln prasselten die schlimmen Friedensbedingungen der Ententeimperialisten. Die Lostrennung zweier Gawe und Teile anderer Gawe vom Verbande steht zu befürchten. Soweit Elßah-Lothringen in Frage kommt, sei die Lösung vom deutschen Verbande und der Anschluß an den französischen Bucharbeiterverband bereits ausgemachte Sache. Die finanziellen Ansprüche der elßah-lothringischen Kollegen an unsere Organisation würden allerdings gewisser Korrekturen und Einschränkungen unterworfen werden müssen. Der Gau Elßah-Lothringen habe sich sehr rauh mit den neuen Verhältnissen abgefunden. Auf reichsdeutscher Seite habe ja immer das Gefühl bestanden, als hätten sich die Elßah-Lothringer mit der deutschen Kollegenschaft nie so recht als verchromten betrachtet. Darin lag wohl mit ein Grund für die schnelle Abfindung mit den neuen Arbeitsbrüdern, obwohl sich der Tausch bald als ungünstig erweisen werde. Das eigentlich Betrüübende dabei sei das Verhalten untrer elßah-lothringischen Berufsgenossen gegen die deutschen Kollegen nach Behebung Elßah-Lothringens durch die Franzosen. Die dem Verbandsvorstand und der „Korr.“-Redaktion in dieser Beziehung unterbreiteten empfindenden Tatsachen würden gerügt und bei den Auseinandersetzungen gehörend gekennzeichnet werden. Auch würden die Vorfälle auf die spätere Gestaltung der Internationalität von bestimmendem Einflusse sein. Im weiteren ging Kollege Grabmann auf das Vorgehen der polnischen Kollegen im Osten über, deren außerordentlich forsches Auftreten von bedeutenden örtlichen Erfolgen auf dem Wohngebiete begleitet gewesen sei, von denen es nur nicht feststehe, wie lange das Ordnungsgemäße zu halten sein werde. Auch im Osten sei damit zu rechnen, daß erhebliche Bestände von uns gerissen würden, was zweifellos im Herabgehen unsres Verbandsvermögens sichtbar werden würde.

Redner ging sodann über zu einer Besprechung der Voraussetzungen für den Gang der Tarifverhandlungen. Nicht um eine Tarifrevision handle es sich beim bevorstehenden Zusammentritt unsres Tarifparlaments, sondern um eine Tarifausgleichung. Auf dieses Mißverständnis sei die zu vergleichende Stufe von weitgehenden Anträgen auf Lokalzuschlags- und sonstige Änderungen an Tarifpositionen zurückzuführen. In den aus dem ganzen Reiche vorliegenden einmütigen Forderungen auf eine erhebliche Erhöhung der Feuerungszulagen komme die Verschärfung

der Lage infolge der ungeheuren Preissteigerungen zum Ausdruck. Redner ging näher darauf ein. Andererseits habe die von den Prinzipalpalen unter Leitung der Führung getriebene Obstruktionspolitik gegen die schmalhalsigen Feuerungszulagen den Erfolg gehabt, die gesamte Gehilfenschaft aufzupeitschen. Die Folgen zeigten sich u. a. in zahlreichen örtlichen Bewegungen und Arbeitseinstellungen, ohne daß es den Instanzen möglich war, einen Einfluß darauf zu nehmen. Höchstens, daß sie verschiedentlich in letzter Stunde zu retten suchen mußten, was möglich war, nachdem freigelegte Kommissionen versagt hatten. Gegenüber dem prinzipalpalen Verlangen im Tarifamt nach einer allgemeinen Aussprache über die Vorgänge in der Tarifgemeinschaft sei von der Gehilfenleitung sofort erklärt worden, daß eine solche nicht angänglich sei ohne weitere materielle Zugeständnisse. Immerhin müsse nach den nunmehr vorliegenden Forderungen der Gehilfenschaft unumwunden erklärt werden, daß nicht wenige davon insofern über das Ziel hinausschießen, weil das Gewerbe nicht imstande sei, derartige neue Lasten zu tragen. Namentlich auch hingesehen darauf, daß in letzter Zeit in einer großen Anzahl von Orten außer Feuerungszulagen noch besondere Zulagen (Einschaltungssummen) durchgesetzt wurden, die zum Teil eine respektable Höhe erreichten. Das Verlangen nach Gleichstellung mit Berlin werde selbst von kleinen und kleinsten Orten im Osten erhoben, ohne den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die Forderungen auf Schaffung zusammenhängender Lokalzuschlagsgebiete sei berechtigt, wenn auch die Festsetzung sich sehr schwierig gestalten dürfte. Nicht minder berechtigt, aber auch durchführbar, sei die Forderung nach Ferienbewilligung noch in diesem Jahre. Soweit ein freier Sonnabendnachmittag erstrebt werde, erscheine auch die Forderung auf Arbeitszeitverkürzung begründet. Die geforderte Abschaffung der Nacharbeit sei jedoch mit größter Vorsicht zu behandeln, weil infolge ihrer Durchführung die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich wachsen werde. Das Schwergewicht sei auf die Verlegung der Nacharbeit in bestimmte Stunden und auf die materielle Regelung zu legen. Die geforderte restlose Unterbringung der Arbeitslosen finde ihre natürliche Grenze in der Ausnahme resp. Leistungsfähigkeit der Betriebe. Der Redner ließ im allgemeinen keinerlei Zweifel darüber bestehen, daß auf Seiten der Prinzipalpalen im Tarifauschusse mit zähesten Kämpfen und schärfster Obstruktion gerechnet werden müsse. Die Zulassung von Buchhandelsvertretern zu den Verhandlungen sei vom Tarifamt abgelehnt worden wegen der unangünstigen Erfahrungen bei der Tarifberatung im Jahre 1911, wo erstmalig ein Versuch damit gemacht wurde. Bezüglich der verschiedentlich geforderten Abänderung oder Aufhebung der Bestimmungen im § 1 unsres Verbandsstatuts wies Kollege Grabmann überzeugend darauf hin, daß uns die politische Neutralität des Vereins verbinde, daß uns politische Ereignisse Stellung zu nehmen, soweit unsre wirtschaftlichen Bestrebungen davon berührt wurden. Wenn also diese Eigenschaft des Verbandsstatuts bisher gegeben war, so müsse dies auch in Zukunft möglich sein. Die vielfach gemachten üblichen Erfahrungen in andern Verbänden und die politische Zerrissenheit in der politischen Arbeiterbewegung verbiete es sogar, sich auf grundsätzliche Änderungen unsres Statuts einzulassen. Hinsichtlich des in letzter Zeit hervorgetretenen Organisationsbedürfnisses und der Organisationsfreudigkeit untrer Lehrlinge ließ es der Redner nicht an praktisch brauchbaren Vorschlägen fehlen. Die zahlreichen Rundschreiben des Verbandsvorstandes aus letzter Zeit bewiesen am besten, in welcher raschem Schritte die Entwicklung auf dem gewerblichen Gebiete begriffen sei. Noch nie hätten wir vor Aufgaben gestanden, die von so unabsehbarer Tragweite, von solcher Wichtigkeit gewesen seien wie gegenwärtig. Ungeachtet dessen gibt es für die berufenen Vertreter des Verbandes kein feiges Zurückschrecken vor den sich auftürmenden Schwierigkeiten; sie werden tun, was sie den Mitgliedern schuldig sind, ihre Pflicht.

Kollege Eißler gab in seiner Eigenschaft als Hauptkassierer sodann einen Überblick über die Gestaltung der

**Kassenverhältnisse des Verbandes.** Der Vermögensstand betrug am 1. Januar 1918 12212111,75 Mk., der Abschluß am 30. September 1918 12502908,46 Mk. Ende des vierten Quartals ging der Vermögensstand um 229412,21 Mk. zurück, trotzdem an Beiträgen 513024,20 Mark und an Zinsen 151485,52 Mk. verzeichnet worden waren. Dabei sei zu beachten, daß der Rückgang sich lediglich auf die letzten sechs Wochen des vierten Quartals erstreckte. Das erste Quartal 1919 werde sich trotz der Erhöhung der Beiträge noch schlechter gestalten, seien doch allein in dem Saldo am Schluß des Jahresberichts 537052 Mk. an Vorläufen in den Gauen enthalten, von denen sicher nur ein kleiner Teil übrig bleiben dürfte. Es sei bestimmt zu erwarten, daß mit der Zeit aus Mitgliederkreisen immer weitgehendere Wünsche geäußert werden würden, die außerordentliches verlangen in Unterstützungsfragen. Einen Vorgeschmack davon bekommen man schon durch einen Antrag des Ortsvereins Halle a. d. S. an den Verbandsvorstand, schleunigst Mittel und Wege zu finden, um die statutarische Arbeitslosenunterstützung für diejenigen Mitglieder, die in der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgefallener sind, auf die doppelte Höhe zu bringen. Die Kosten dieser Aufwendungen soll bis auf weiteres die Verbandskasse tragen. Eine Beitragserhöhung soll erst eintreten, wenn der Vermögensstand auf die Hälfte des Standes vom 1. Januar 1919 gesunken ist. Dieser Antrag sei bezeichnend für die Gedankenwelt mancher Mitgliederkreise, aber er vertritt auch wenig Verantwortlichkeitsgefühl. 4 1/2 Millionen in Hypotheken sind gemäß Generalversammlungsbeschlusses zur Sicherung der Invalidenunterstützung festgelegt. Sie scheiden von vornherein aus. Es verbleiben rund 7 1/2 Millionen. Bei dem gegenwärtigen Kursstand unserer Papiere sei im Falle der Stillmachung mit einer Einbuße von mindestens 800000 Mark zu rechnen, um die sich unser Vermögen weiter verringert. Es müsse jedem klar sein, daß so weitgehende Wünsche nicht ohne Beitragserhöhung realisierbar seien. Abgesehen davon, daß die Arbeitslosenzahl sich in nächster Zeit wieder vergrößern werde, sei auch damit zu rechnen, daß uns Erschütterungen im beruflichen Leben in Zukunft nicht erspart bleiben werden, so daß mit Beitragserhöhungen nicht bis zur äußersten Grenze gewartet werden könne. Weitere Verpflichtungen erwachsen in allen Unterstützungszweigen. Die Not der Invaliden sei groß, wie aus zahlreichen Zuschriften an den Verbandsvorstand hervorgehe. Kranke ständen sich trotz erhöhter Bezüge aus den gesetzlichen Kassen wesentlich schlechter als Arbeitslose. Die Zahl der Ausgeschickten sei im Steigen trotz der zweimaligen Verlängerung der Bezugsdauer um je 70 Tage. Unter solchen Umständen dürfe man in Mitgliederkreisen keine unerfüllbaren Hoffnungen aufkommen lassen.

Nach den nur in den Hauptgedanken hier festgehaltenen Darlegungen der Vertreter des Verbandsvorstandes lehnte die Generaldebatte ein, die unter allgemeiner Beteiligung mit jener Gründlichkeit geführt wurde, die allen Gewerkschaften unseres Landes eigenständig ist. Mit dem Achtstundentage kommt man dabei nicht aus.

Wie nicht anders zu erwarten, stand die Regelung der Lohnfrage im Vordergrund der allgemeinen Erörterungen. Von den meisten Rednern wurde in erster Linie darauf hingewiesen, daß das materielle Resultat der bevorstehenden Tarifausschüßung die Gehilfenschaft einermachen beizubringen müsse. Die von der früheren Regierung getriebene Anreizpolitik habe die schwierigen Zustände im Wirtschaftsleben und in der Arbeiterbewegung herbeigeführt. Die Arbeiterkräfte konnten natürlich durch Gewalt mehr erzielen, als es den Vertrauensmännern der Arbeiterkraft unter den früheren Verhältnissen möglich war. In weiten Arbeiterkreisen sei eine Radikalisierung eingetreten, der selbst durch den Hinweis auf den zu befristenden Zusammenbruch des Wirtschaftslebens nicht mehr begegnet werden könne. Um zur Genesung zu gelangen, gebe es nur ein Mittel: ein größeres Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, um dadurch Einwirkung auf den Produktionsprozeß und den Arbeitsertrag zu erlangen. Dadurch werde sich ganz von selbst eine Steigerung des Verantwortungsgefühls ergeben. Deutschland sei nicht Rußland. Es gelte, die rechten Anwendungen aus dem neuen Zeitgeist zu ziehen, ehe es zu spät ist. Nur dann sei die Bewegung zu messern. Auch im Buchdruckgewerbe sei mit einer weiteren Radikalisierung der Gehilfenschaft zu rechnen, wenn die Prinzipalität von ihren Herrenrechten nichts ablasse. Sätten unsere Prinzipale früher schon in der Frage der Teuerungszulagen ein größeres Entgegenkommen gezeigt, dann wäre es nicht nötig gewesen, jetzt sprunghafte Verbesserungen durchzuführen. Immer sei im Tarifausschusse von den Prinzipalen erklärt worden, ein Mehr würde das Gewerbe ruinieren, und jetzt sehe man in zahlreichen Orten, daß es ihnen ohne weiteres möglich war, auf dem Lohngebiete besonders, teilweise weitgehende Zugeständnisse zu machen. Die Gehilfenvertreter seien sich der Konsequenzen und der schiefen Lage wohl bewußt, in welche die Gehilfenschaft kommen muß infolge der wilden Bewegungen, die den fauer erkämpften Rechtsboden verlassen, aber sie bleiben diesen gegenüber machtlos, solange sich die Presse der

Lebenshaltung wahnhaft festern und solange die Prinzipale auf zentraler Basis kein größeres Entgegenkommen zeigen bei der Festlegung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Es werde hohe Zeit, daß nach den Worten des letzten Geschäftsberichts unseres Tarifamts den Gehilfen eine dem Gewerbe und damit auch der Arbeiterkraft dienliche Einflußnahme auf die Gestaltung aller das Gewerbe betreffenden Angelegenheiten eingeräumt wird, wodurch sich die Regelung des Gehilfenstandes in jeder Beziehung von selbst ergeben dürfte. Für die Regelung der Lokalzuschläge eine zeitgemäße Änderung zu erstreben, wurde allgemein als notwendig bezeichnet, da sich die selbstberige Festlegung als unzureichend erwiesen habe.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung nahmen alle Redner den Standpunkt des Verbandsvorstandes ein und gaben ihrer Meinung dahingehend Ausdruck, daß es sich neben der Festlegung des Beginns und der Beendigung der Arbeitszeit im wesentlichen um die Durchführung der 48-Stunden-Woche resp. den freien Sonnabendnachmittag handeln müsse, welche Arbeitszeit auch in den übrigen Branchen der graphischen Industrie sich mehr und mehr durchziele. Der Notwendigkeit von Fertigungsgewährung wurde allgemein das Wort geredet. Die gänzliche Beseitigung der Nacharbeit würde in Rücksicht auf die dadurch eintretende Vermehrung der Arbeitslosigkeit als unmöglich bezeichnet. Es gelte vor allen Dingen, Wünsche zu befriedigen und eine höhere Entschädigung einzuführen zu lassen. Je besser die Regelung und Bezahlung der Nacharbeit, um so mehr werde der Widerstand gegen die Nacharbeit nachlassen.

Bezüglich der Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderte Wirtschaftsordnung verheißte man sich nicht, daß bei der Beratung eine Menge Zukunftsarbeit zu verrichten sein werde, durch die schließlich nicht das erfüllt werden wird, was man sich davon verspricht; zumal bei der unklaren politischen Situation und der Bedrohung des Wirtschaftslebens durch die un sinnigen Forderungen beim Abschluß des Friedensvertrages. Was geschaffen werde, müsse geeignet sein, in den später zu revidierenden Tarif aufgenommen zu werden. Wenn in der bevorstehenden Tarifausschüßung keine Verständigung über die materiellen Forderungen der Gehilfenschaft zu erzielen wäre, hätten auch Erörterungen über die Modernisierung der Tarifgemeinschaft keinen Zweck. Die Rätefrage sei in Wirklichkeit eine Personenfrage. Gelinge es nicht, die geeigneten Personen zu finden, die in enger Fühlung mit der Gewerkschaft ständen, dann würde auch das Räteystem nicht zum erwünschten Ziele führen. Für das Entstehen eines gewissen Betriebsgeistes ist die Gewerkschaftsverammlung das beste Gegenmittel. Das Interesse an der Gewerkschaft der Tarifs erlaube eine gewisse Einschränkung, weil nur das geübt werden könnte, was sich auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreckt, nicht aber auf solche Bestimmungen, die sich auf das Lehrlingswesen, den Preistarif und die Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft usw. beziehen. Die Regelung der Lehrlingsfrage habe Schlußbruch gestiftet die Aberlassung der Aufstellung eines Lehrlingsregulativs an den Deutschen Buchdruckerverein im Juli v. J. Durch eine beleuchtete Feststellung und Vorlegung müsse zu erreichen versucht werden, daß bereits im Oktober d. J. nach dem neuen Regulativ verfahren werden kann. In der Frage der Unterbringung der Arbeitslosen habe die letzte Tarifausschüßung durch die Festlegung von Entschädigungen für den ausfallenden Arbeitsverdienst (bis zu 40 Proz.) das Richtige getroffen. Damit sei ein erheblicher Erfolg erzielt worden.

Sowohl in der Generaldebatte als die Erhöhung von Unterstützungsansätzen von einzelnen Rednern Bezug genommen wurde, stellten sich diese durchweg auf den Standpunkt, daß ohne Beitragserhöhung nicht daran gedacht werden könne. Sinnlich der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wurde überdies von den Berliner Vertretern hingewiesen auf einen von der Generalversammlung des Berliner Gewerksamtes angenommenen Antrag, worin zum Ausdruck kommt, daß von einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung Abstand zu nehmen sei. Aufgabe der Organisation müsse es sein, die Verpflichtung des Staates in bezug auf Unterstützung arbeitsloser und arbeitsunfähiger Mitglieder durch Gewährung eines Existenzminimums zur Anerkennung zu bringen.

Damit hatte die allgemeine Erörterung der wichtigsten Fragen nach vieltündiger Dauer ihr Ende erreicht. Selbstverständlich konnten hier nur die allgemeinen Gesichtspunkte der Aussprache skizziert werden. Es fehlte im übrigen nicht an Angriffen gegen die Generalkommission der Gewerkschaften wegen ihres unschlüssigen Verhaltens gegenüber den Angriffen von politischer Seite und auch nicht an schärfster Verurteilung der höchst unkollegialen Handlungsweise eckschlagbrüchiger Kollegen gegen ihre reichsdeutschen Berufsgenossen. Kollege Hemmerich (München) gab interessante Aufschlüsse über das Werden und Vergehen der Räterepublik Bayern und über die Sozialisierung der Presse, die über bloße Theorien nicht hinaus kam. Die Kollegen aus den besetzten Gebieten entwarfen nichts weniger als erfreuliche Bilder aus ihren Wirkungskreisen.

Beim zweiten Punkte der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Tagesordnung der Sitzung des Tarifausschusses“, leitete die Spezialdiskussion über die zu stellenden Anträge an Hand der verschiedenen Vorlagen ein. Kollege Seib wies dabei zunächst auf folgende Entschädigung der Thüringischen und Sächsischen Prinzipale hin:

Die am 8. Mai in der „Gutenberghalle“ zu Leipzig verammelten Tarifverein Buchdruckerbeitler der Tarifikreise VI und VII sprechen ihre schärfste Mißbilligung aus über das tarifwidrige Verhalten großer Teile der Gehilfenschaft, die unter Hinwegsetzung über die tariflichen Abmachungen sowie unter Anwendung terroristischer Maßnahmen ihre Arbeitgeber zu tarifwidrigen Zugeständnissen gezwungen haben.

Die Verammelten finden es bestreblich, daß die Leitung des Gehilfenverbandes diese Vorgänge geschehen ließ, und daß das Tarifamt in solchen Fällen noch die Vermittlung übernimmt und Schiedssprüche gefällt hat, ohne daß von den statutarischen Nachmitteln Gebrauch gemacht worden ist, dem tarifwidrigen Verhalten Gehilfen zu gebieten. Dabur ist nicht nur das Vertrauen zu den wiederholt gegebenen Versicherungen des freien Selbsthaltens an der Tarifgemeinschaft, sondern auch zu weiterer Vertrauensfähigkeit erschüttert worden.

Die Verammelten richten im Hinblick auf diese Vorgänge an die Prinzipalvertreter des Tarifausschusses das dringende Ersuchen, keine neuen Abmachungen mit der Gehilfenschaft zu treffen, wenn nicht seitens der Tarifgemeinschaft und der mitbeteiligten Gehilfenorganisationen hinreichende Garantien dafür geboten werden, daß die getroffenen Abmachungen von allen der Tarifgemeinschaft unterstehenden Gehilfen streng eingehalten werden. Im Hinblick auf die an den verschiedenen Druckorten geltend gemachten weitgehenden Forderungen erklären die Verammelten, daß das Buchdruckgewerbe an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen ist. Weitere materielle Zugeständnisse müßten zum Nachteile der Gehilfen ausfallen, weil ein großer Teil der bisher noch aufrecht erhaltenen Unternehmen zusammenbrechen würde oder eingestürzt werden müßte, wodurch die Arbeitslosigkeit unter der Gehilfenschaft sich noch mehr vergrößern würde. Die Prinzipalvertreter werden ersucht, bei den bevorstehenden Beratungen des Tarifausschusses die Gehilfenschaft in eindrucksvoller Weise auf diese Sachlage hinzuweisen.

Für den Fall, daß eine Verständigung mit der Gehilfenschaft auf annehmbarer Grundlage nicht zustande kommt und eine Gewährleistung für die gewissenhafte Einhaltung der getroffenen Abmachungen nicht geboten wird, richten die Verammelten an den Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins das dringende Ersuchen, unverzüglich diejenigen Maßnahmen in die Wege zu setzen, welche erforderlich sind, um ein einseitiges Handeln der getauften deutschen Buchdruckerbeitler dem vereinzelten oder geschlossenen Vorgehen der Gehilfenschaft gegenüber herbeizuführen.

Gegenüber dieser Protestresolution wies der Verbandsvorstand darauf hin, daß sich die Gehilfenschaft durch kein Mittel verblassen lassen werde; am allerwenigsten aber durch Drohungen, wie sie aus andern von Kampfstimmung erfüllten Prinzipalstimmungen, z. B. den Berliner Großfirmen, vorlägen. Die Nachmitteln der Gewerkschaftsstellungen gegen das Zustandekommen brüchiger Lohnbewegungen seien unter den heutigen Verhältnissen nur minimale. Das Vorgehen der sächsischen und thüringischen Prinzipale bewisse lediglich, daß sie aus den Zetereinstellungen nichts gelernt hätten. Heute, wo selbst die höchsten Stellen im Staat eine weitgehende Nachgiebigkeit gegenüber berechtigten Arbeiterforderungen durch die Tat beweisen müßten, sollten auch die Intelligenzen im Deutschen Buchdruckerverein einsehen, daß sie auf solchem Wege sind.

Von mehreren andern Rednern wurde außerdem darauf hingewiesen, daß die von den Prinzipalen verlangten Garantien für die Einhaltung der getroffenen Abmachungen in dem in materieller Beziehung zu bekundenden Entgegenkommen der Prinzipale selbst liegen. Eine Einigung der Prinzipale in der Preisberechnung sei weit wichtiger als ihr Zusammenbruch gegen die Gehilfenschaft. Dem neuen Zeitgeist trügen die Prinzipale im Buchdruckgewerbe nicht in dem Maße Rechnung wie andre Unternehmer, und Vorwürfe gegen die Gehilfenschaft wegen tariflicher Verstöße könnten leicht kompensiert werden durch Vorhaltungen prinzipalstimmiger Verleumdungen wegen kündigungsspezifischer Entlassungen bei Kriegsbeginn und Ablehnung gesetzlich anerkannter Teuerungszulagen.

Bei der alsdann folgenden Festlegung der materiellen Forderungen zur bevorstehenden Tarifausschüßung ließen sich die Konkurrenten im Interesse einer zentralen Regelung von dem Bestreben leiten, auf mittlerer Linie eine Einigung zu suchen. Klarheit herrschte ebensowohl darüber, daß einer weiteren Verleumdung der Gehilfenschaft vorgebeugt werden muß durch eine zeitgemäße Lohnerbhöhung, wie auch darüber, daß nur durch ernsthafte Maßnahmen zum Abbau der Preise aller Lebensbedürfnisse dem weiteren Wertsinken der Löhne Einhalt geboten werden kann.

Die übrigen Positionen (Arbeitszeit, Lokalzuschläge, Erholungsurlaub, Anerkennung und Schutz der Vertrauensmänner, Arbeiterausschüsse (Betriebsräte) wurden gemäß den in der Generaldiskussion geltend gemachten Gesichtspunkten festgelegt nach der Vorlage des Verbandsvorstandes.

Die übrigen Vorlagen und speziellen Anträge dienen als Beratungsmaterial für die vom Tarifausschuss eventuell einzusetzenden Kommissionen. Die Richtlinien für die Besetzungsrate entsprechen im wesentlichen dem von der Generalkommission der Gewerkschaften aufgestellten Muster. Sie sollen zugleich eine Grundlage bilden für die übrigen graphischen Betriebe.

In eingehenden Beratungen wurden sodann im Anschluß an den wichtigsten Tagesordnungspunkt verschiedene Möglichkeiten und Eventualitäten erörtert, deren Darstellung aus naheliegenden Gründen der mündlichen Berichterstattung in den Versammlungen überlassen bleiben muß. Dabei wird es möglich und nützlich sein, nach manchem Streiflicht auf die ersten Beratungen der jüngsten Gauvorsitzerkonferenz fallen zu lassen.

Der dritte Tagesordnungspunkt der Konferenz betraf „Die nächste Generalversammlung des Verbandes“. Hier gingen die Meinungen anlässlich stark auseinander. Ein Teil der Redner wollte die Einberufung des Verbandesparlamentes abhängig gemacht wissen von dem Ausfalle der Tarifrevision, ein anderer vom Friedensabschluss, um alle auftauchenden Fragen genügend regeln zu können. Die unbedingte Einberufung einer Generalversammlung wurde nur vereinzelt verlangt. Demgegenüber wurde vom Verbandsvorstand gefordert gemacht, daß es bei der gegenwärtigen Überlastung mit Verwaltungsgeschäften nahezu unmöglich sei, die nötigen Vorarbeiten ordnungsgemäß zu erledigen. Es sei zur nächsten Generalversammlung mit einer Flut von Anträgen zu rechnen. Da gelte es, Grundlagen für die Beschlüsse zu schaffen, die eine Unmenge von Arbeit erfordern. Außerdem ständen einschneidende Veränderungen des gesamten Verbandsgebietes in Aussicht. Um die erheblichen Ankosten einer Generalversammlung zu rechtfertigen, sei von vornherein die Möglichkeit praktischer Arbeit ins Auge zu fassen. Das sei jedoch bei der sich fortwährend ändernden Situation heute sehr schwer. Diesen Argumenten fragte die Konferenz schließlich Rechnung, indem sie beschloß, den Termin der nächsten Generalversammlung nicht festzusetzen, sondern dem Verbandsvorstand freie Hand zu lassen. Falls besonders Verhältnisse die Einberufung notwendig machen, wird diese erfolgen.

Danach wurde zur Erledigung des vierten Tagesordnungspunktes übergegangen: „Der Gewerkschaftskongress 1919 — Festlegung unserer Delegation“. Der im Juni in Nürnberg zusammengetretene Gewerkschaftskongress hat eine Reihe wichtiger Aufgaben zu erledigen, insbesondere Stellung zu nehmen zu den Fragen der Sozialisierung, der zukünftigen Stellung der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben, zur Rätefrage und zu einer engeren Zusammenarbeit der gesamten Gewerkschaften auf gemeinsamer Grundlage. Gemäß den Beschlüssen der Danziger Generalversammlung entsallen von den 13 unserm Verbande stehenden Delegierten (5000 Mitglieder = 1 Delegierter) 6 auf die sechs größten und 4 (abwechslnd) auf die vier kleineren Gauen. Für die Entsendung von Delegierten kommen diesmal in Betracht: Berlin, Rheinland-Westfalen, Leipzig, Bayern, Württemberg, Mecklenburg, Nordwest, Ostpreußen, Schleswig-Holstein. Ob als lehrstuhler der Gau Mittelrhein oder An' der Saale in Frage kommt, steht noch nicht fest (möglicherweise auf die Mitgliederzahl von ersten Quartal 1919). Von den drei restlichen Delegierten entsallen nach den Vorschlägen der Gauvorsitzerkonferenz zwei Delegierte aus den Verbandsvorstand und einer auf die „Kor.-Redaktion“.

Unter den vielen Fragen verwaltungstechnischer Natur, die unter „Verschiedenes“, dem letzten Tagesordnungspunkte der Gauvorsitzerkonferenzen, zur Verhandlung zu kommen pflegen, sagte diesmal die besprechende Auseinandersetzung mit dem Gau-Eisab-Vorbringen hervor. Am 1. Juni d. J. soll die Abtrennung erfolgen. Es wird das gesamte eingebrachte Vermögen in Höhe von 119000 Mk. zurückverlangt, außerdem sämtliche Überschüsse, die im Laufe der Jahre an den deutschen Verband abgeliefert worden sind. Diesem unbilligen Verlangen gegenüber wurde betont, daß selbstverständlich wesentliche Abstriche zu erfolgen hätten für anteilige Verpflichtungen des Gaus Eisab-Vorbringen zu den allgemeinen Ankosten für Verwaltung, Familienunterstützung, Tarifräte, Generalkommission usw. Bei dieser Gelegenheit haben mehrere Redner ihrer Entrüstung Ausdruck über die rigorose Behandlung zahlreicher reichsdeutscher Kollegen durch die Eisab-Vorbringer. Unter ihnen aus Rohn und Brot gebrachten Kollegen befinden sich nicht wenige, die ihre Kraft lange Jahre in den Dienst der kollegialen Sache stellten. Es sei zwar zuzugeben, daß unter dem früheren Regierungssystem chaotische Regungen gepflegt seien, immerhin aber hätte man erwarten dürfen, daß die üblen Gepflogenheiten nicht auf die Arbeiterklasse abfärben würden. Mit klingenden Kollegen und großer Eile wendeten sich die eisab-Vorbringer Kollegen vom deutschen Verband ab, diesem die Lasten aufbürdend für abgewiesene Zutreffende und gewaltsam Abgeschobene resp. direkt Gemahregelte. Die meisten Ausgewiesenen halten sich in Württemberg und den angrenzenden Gauen auf. Darunter befinden sich sogar Kollegen, die 33 Jahre in Eisab-Vorbringen ihren Wohnsitz

hatten und bis zu 34 Jahren in einem Geschäft tätig waren. In einer Druckerlei wurden nicht weniger als 16 Kollegen auf eine Liste gestellt und entlassen, also gemahregelt! Wo besondere Notlagen entstehen, wird nach dem Beschlusse der Konferenz unser Verband dessen eingestehen; die beantragte Zahlung von Gemahregeltenunterstützung wurde abgelehnt. Auch die hieraus entfallenden Ankosten werden in Rechnung gestellt. — Um den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrags mit dem deutschen Verband ersuchten die tschechisch-slowakischen Kollegen Böhmens. Nach der inzwischen erfolgten Trennung zwischen Böhmen und Österreichern steht dem gewünschten Gegenseitigkeitsabschlusse nichts im Wege. Mit einer Abweglung der österreichischen Mitgländer ist ebenfalls zu rechnen. — Verschiedene Gegenseitigkeitsfälle, aus dem Kriegszustande datierend, erforderten finanzielle Verpflichtungen für den Verband. So wurden z. B. 600 Mk. zur Verteilung an solche deutsche Kollegen überwiesen, die lange Jahre in der Schweiz anständig waren, aber keine Einreiseerlaubnis erhalten, obwohl sich ihre Familien noch in der Schweiz befinden.

Die Kollegen im annehmlichsten Gebiete sollen auf geeignete Weise von dem Resultat der Tarifausschussverhandlungen in Kenntnis gesetzt werden. Das ist um so notwendiger, als die Prinzipale in den betreffenden Gebieten diesmal wieder versuchen werden, sich von den tariflichen Verpflichtungen zu drücken, indem sie bei den Besatzungsbehörden Schutz suchen und leider auch finden.

Den Schriftgebern wurde zur Abhaltung eines Kongresses ein besonderer Zuschuß aus der Verbandskasse bewilligt, desgleichen den Schriftkassenern. Infolge der fortschreitenden Konzentration des Kapitals leben sich die Schriftgebern gezwungen, an die Schaffung eines Zentraltarifs heranzutreten. Es wurde als selbstverständlich bezeichnet, daß die Macht der Organisation hinter dieser Bewegung steht. Aus den Ausführungen des Vertreters der Schriftgebern ging hervor, daß diese glauben, durch eigenes Vorgehen tariflich weiterzukommen. Dagegen legen die Stereotypen und Galvanoplastiker in tariflicher Beziehung weiterhin Wert auf möglichst engen Anschluß an die Buchdrucker. Um so mehr, als in Prinzipalstreifen das Bestreben lebendig ist, einen Teil der Stereotypen und Galvanoplastiker zu isolieren, um womöglich ohne Vertreter der zentralen Berufsorganisation gesonderte Abmachungen zu treffen über Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Wegen einer Abfindung von berufsuntauglichen Kriegsverletzten (Blinde und Schwerverletzte) sind zahlreiche Zuschriften beim Verbandsvorstand eingegangen. Es wurde in der Aussprache darüber hervorgehoben, daß eine generelle Regelung nur durch die Generalversammlung erfolgen könne. In einzelnen dringlichen Fällen soll dem Verbandsvorstande das Recht zustehen, nach eigenem Ermessen zu handeln.

Gemäß der Auffassung der Würzburger Generalversammlung werden die Verwaltungsprozente der Gause aus der Verbandskasse nochmals auf 2 Mk. pro Mitglied bemessen.

Aus den sonstigen Mitteilungen des Verbandsvorstandes sei noch kurz erwähnt die Verschlebung des Internationalen Buchdruckerkongresses bis zum Herbst dieses Jahres und die in Aussicht stehende Gründung eines Reichsausschusses für das Papierfach. Dieser selbständige Wirtschaftskörper der graphischen Industrie legt sich zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitern aller Branchen zusammen, die aus Wahlen der Berufsvertretungen hervorgehen. Der Reichsausschuss ist ermächtigt, über alle Fragen, welche die von ihm umfaßten Wirtschaftszweige betreffen, Erhebungen anzustellen, die Gründung der hierzu erforderlichen Körper anzuordnen und die ihm gemachten Angaben in den Betrieben nachprüfen zu lassen. Auch unser Verband wird in den Reichsausschuss eine Reihe von Vertretern entsenden.

Als Ehrenpflicht des Verbandes wurde es betrachtet, durch Gedenksteine oder Denkmäler das Grab des Kollegen Döblin zu schmücken und es zu unterhalten. Das gleiche soll geltehen mit dem Grabe des Kollegen Rehbäuser. Dem Verbandsvorstande wurden die nötigen Schritte dazu überlassen.

Damit waren im grohen und ganzen die Ausgaben der außerordentlich arbeitsreichen und verantwortungsvollen Tagung als erschöpft anzusehen. In seinem Schlussworte gab Kollege Seib einen Rückblick auf die geleistete Arbeit und verknüpfte damit die Hoffnung, daß es auch in den Tarifverhandlungen gelingen möge, im Interesse beider Teile des Gesamtgewerbes nützlich zu wirken. Dann erst könne man sagen, es sei ersprießlich gearbeitet worden hier wie dort!

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Nachahmenswerte Beispiele.** In Berlin erweiterten die Stempelfabriken G. A. Cooke & Weylandt und Herm. Schulte die Ferien in diesem Jahre wie folgt: nach zweijähriger Tätigkeit: 6, nach fünfjähriger 9, nach

sechsjähriger Tätigkeit 12 Arbeitsstage für das gesamte technische Personal einschließlich Hilfsarbeiter. Außerdem gewährten die Firmen an alle Ferienteilnehmer einen Reisezuschuß von 110 Mk. — Die Firma Edmund Matzig in Dümitz i. M. zahlte ihrem Personal eine einmalige Extrakernungszulage in Höhe von je 25 bis 50 Mk. — Auf Ansuchen gewährte die Firma Hoffmann & Reiber in Görtlich dem technischsten Personal eine außerordentliche Ferierungszulage. Es erließen mit einigen Ausnahmen die länger als ein halbes Jahr bei der Firma Beschäftigten einen vollen Wochenlohn in jetziger Höhe; die übrigen geringere Summen. — Die Firma S. W. M. Diehl Nachf. in Stuttgart erweiterte die Ferien folgenbermaßen: Wer am 1. Januar im Betriebe tätig war, erhält eine Woche, nach zweijähriger Betriebsfähigkeit zwei Wochen und nach fünfjähriger Betriebsfähigkeit drei Wochen Ferien unter Zahlung des Lohnes einschließlich der Ferierungszulage. Weiter wird in Irankensbüchsen die Differenz zwischen Lohn und Irankensbüchsen auf die Dauer von sechs Wochen gewährt. Dem Gesamtpersonal wurde der Lohnausfall nachbezahlt, den es am Anfang des Krieges durch verkürztes Arbeiten erlitten hat. Ebenso bezahlte die Firma über die ganze Dauer des Krieges an die Familien ihrer Ausmarschier eine Unterstützung in der Gesamthöhe von rund 70000 Mk.

**Schiffenprüfung.** Im Bezirke Rlegnitz lernten zu Ostern 17 Gehilfen aus, davon waren 14 Seher, 2 Drucker, 1 Schweizerdegen. Bei der praktischen Prüfung erhielten 14 die Note „Gut“, 2 „Genügend“ und 1 „Sehr gut“. Bei der theoretischen Prüfung erhielten 9 „Gut“, 7 „Genügend“, 1 „Wenig genügend“.

**Protest gegen den Friedensvertragsentwurf der Alliierten.** Der Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung richtete namens der von ihm vertretenen Wirtschaftskreise, die 54 Fachverbänden angehören, in Sachen der Friedensverhandlungen je eine Depesche an den Reichspräsidenten Ebert und an die Nationalversammlung, in welcher die bestimmte Erwartung ausgesprochen wird, daß Reichsregierung sowohl als Nationalversammlung die ungenehmigten Friedensbedingungen, die das deutsche Wirtschaftsleben mit schwerer Vernichtung bedrohen und keine Hoffnung lassen, Deutschlands Wirtschaftskreis niemals wieder erstarben zu lassen, ablehnen und nur einem solchen Friedensvertrag ihre Zustimmung geben werden, der nicht nur Deutschlands Ehre unangefastet läßt, sondern auch seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wieder die Möglichkeit der Entfaltung gibt. Deutsche Arbeit, deutsche Fähigkeit und deutsche Anpassungsfähigkeit würden sich wieder emporringen, wenn ein Friede geschlossen wird, der den Bedingungen entspricht, unter denen Deutschland die Waffen niederlegte. Einzig und allein dürften die 14 Punkte Wilsons die Grundlage der Friedensbedingungen bilden. Das ist auch unser Standpunkt, und wir begründen es, daß auch seitens maßgebender Kreise des Druckgewerbes, des Verlags und der Papierverarbeitung nichts unversucht gelassen wird, um eine Erdroffnung des so langsam sich wieder aufrichtenden deutschen Wirtschaftslebens zu verhindern.

**Ein Buchdruckerfilm.** Die Deutsche Lichtbildgesellschaft bringt einen Lehrfilm über Buchdruckerkunst und Reproduktionstechnik heraus. Von dem Buchgewerbetago Matthias verfaßt und inszeniert, zeigt der Film die Entstehung der Typen sowie das Setzen und Drucken in seiner historischen Entwicklung.

**Gefälschte Brotmarken.** Vor dem Hamburger Schwurgericht hatten sich kürzlich zwei Buchdrucker im Alter von 28 und 22 Jahren wegen Beihilfe zur Fälschung öffentlicher Urkunden bzw. des Gebrauchsmachens gefälschter Urkunden zu verantworten. Im Oktober und November vorigen Jahres war eine große Anzahl gefälschter Brotmarken in den Verkehr gebracht worden; die Hersteller dieser falschen Marken hatten sich nach der Schwelz geflüchtet, die in Betracht kommende Druckerei ist jedoch ausfindig gemacht worden. Es wurde dann festgestellt, daß der eine der beiden Angeklagten den bunten Starton zur Herstellung der Marken beigesteuert und hierfür eine Anzahl falscher Brotmarken erhalten hatte, die er in den Verkehr brachte. Zu seinen Abnehmern gehörte auch der zweite der beiden Angeklagten, welcher 5,50 Mk. für das Stück bezahlte. Er wollte keine Abnung davon gehabt haben, daß die Karten falsch waren, diese auch nur für sich verwendet haben. Da ihm eine gewinnbringende Absicht nicht nachgewiesen werden konnte, wurde das Verfahren gegen ihn auf Grund der Amnestie vom Dezember 1918 niedergelassen, während der erstere wegen Beihilfe zur Fälschung öffentlicher Urkunden unter Zubilligung mildernder Umstände zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

**Kantatausstellung.** Der Deutsche Buchgewerbeverein veranstaltete auf Veranlassung des Bfrenvereins der Deutschen Buchhändler im Buchgewerbehaus zu Leipzig eine Jahresausstellung der seit Kantate 1918 erschienenen Bücher. Die Ausstellung wurde am 18. 11 eröffnet und dürfte voraussichtlich dem Publikum einige Monate zugänglich sein. Fast ausnahmslos haben die deutschen Verlagsbuchhandlungen dem Aufse Folge geleistet und ihre wichtigsten Verlagswerke zur Verfügung gestellt. Die Ausstellung gibt ein herabes Zeugnis dafür, daß trotz des Krieges und der inzwischen erhöhten Herstellungskosten die Tätigkeit des deutschen Verlagsbuchhandels im letzten Kriegsjahr und den ersten Monaten des Waffenstillstandes doch recht fruchtbar war. Auch die bedeutendsten Kunstausstellungen haben schöne Blätter ausgeföhrt, die die Leistungsfähigkeit der betreffenden Firmen in das beste Licht setzen. Ein Verkauf findet in der Ausstellung nicht statt; ein Be-

luch derselben ist jedoch bei der Fülle der ausgestellten Werke sehr lobend. Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die nun im Erdgeschosse neuerrichteten technischen Sammlungen hingewiesen, denen sehr auch die künftige buchgewerbliche Ausstellung angegliedert ist. Besichtigungszelt Sonntags von 11 bis 2 Uhr, in der Woche von 10 bis 4 Uhr.

**Vom Buchhandel.** In dem Jahresberichte des Vorstandes des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler wird die wirtschaftliche Lage des Buchhandels, abgesehen vom wissenschaftlichen und Zeitschriftenverlag sowie vom Zwischenhandel, im allgemeinen als nicht schlecht bezeichnet. Vom Publikum ist nach dem Berichte auf gekauft worden, viele Lager wurden geräumt. Papier- und sonstiger Materialmangel haben die Produktion sehr erschwert; aus diesem Grunde konnten die Verleger der gesteigerten Nachfrage nur bedingt genügen; auch die Auslastung der Bücher hat durch diesen Mangel nicht unmerklich gelitten. Der Vorstand des Börsenvereins rechnet mit einem ersten Rückschlag hinsichtlich der Absatzverhältnisse, weil die wiederholte, sprunghafte Erhöhung der Druck- und Einbandpreise die Herstellung und den Vertrieb der Bücher außerordentlich verteuert habe, und weil nach seiner Meinung das Publikum in der hinter uns liegenden Zeit in diesen Fällen sich zum Wücherrückgang nur wegen des Fehlens anderer Waren entschließen habe und nach Aufzählung des Marktes mit andern Waren in erster Linie sich dem Ankauf von Gebrauchsgegenständen zuwenden werde. Eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus, der bisher auf 10 bis 15 Proz. gesteigert war, soll in Anbetracht der erhöhten Lebensbedingungen sowie der gesteigerten Ankosten des Buchhandels erzwungen werden. In dem Berichte wird behauptet, daß sich die Bücherpreise in Deutschland einzelne Verleger Neudrucke ihrer Werke in der Schweiz herausgeben. Außerdem seien leider deutschschreibende Autoren des Auslandes dazu übergegangen, ihre Werke nicht mehr wie bisher in Deutschland, sondern im Ausland erscheinen zu lassen. Die Gründung der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Buchhändler in Leipzig sei aus dieser Not geboren. Schließlich sei aus dem Jahresberichte noch die Tatsache festgehalten, daß die Mitgliederzahl des Börsenvereins im verflochtenen Jahre von 3595 auf 3741 gestiegen ist. Uns interessiert an dem Berichte vor allem das Zugeständnis, daß die wirtschaftliche Lage des Buchhandels während des verflochtenen Jahres im allgemeinen nicht schlecht war. Die Befürchtung der Leitung der Buchhändlerorganisation, der Bücherabfall werde stark zurückgehen, sei ein wenig; denn erstens ist mit einer Aufzählung des Marktes mit andern Waren vorderhand nicht zu rechnen, und zweitens dürfte das Veredelbedürfnis, das Verlangen nach geistiger Nahrung auch fernerhin beim deutschen Volke trotz der erhöhten Preise nicht nachlassen, sondern eher zureichen, nicht zuletzt in Anbetracht der gegenwärtigen weltbewegenden Ereignisse. Aus diesem Grunde richten wir auch bei dieser Gelegenheit wieder das dringende Eruchen an den Buchhandel, mit den Aufträgen in keiner Weise zurückzuhalten, sondern nach Kräften beizutragen zur Hebung der Lage des Buchgewerbes, im eigenen Interesse sowohl als zum Segen aller Angehörigen des Gewerbes. Da die Lager zum Teil geräumt sind, müssen, soweit die Papierverhältnisse es gestatten, viele Neuauflagen gedruckt werden. Es gibt also Arbeit, und die schaffenden Kräfte im Buchgewerbe sind zu jeder Zeit arbeitsbereit, sie erwarten nichts sehnlicher als ausreichende Beschäftigung. Hoffen wir demnach auf einen fruchtbringlichen, stolzen Geschäftsgang nach Kantate 1919!

**Bund für Fachschrifttum.** Ein solcher wurde am 30. April in Leipzig gegründet. Der neuen Vereinigung gehören Fachblattschreiber und -schriftsteller an, die sich zur Hebung der Bildung und zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Lage zusammenzuschließen haben.

**Offene Sekretariatsstellen.** In Düsseldorf ist die Stelle eines Arbeitersekretärs zum 1. Juni zu besetzen. Respektiert wird auf eine erste Kraft. Meldungen sind unter „Arbeitersekretär“ an den Vorstand des Gewerkschaftskartells der freien Gewerkschaften, Düsseldorf, Wallstraße 10, zu richten. — Das Gewerkschaftskartell Peine benötigt ebenfalls einen Arbeitersekretär, und zwar eine tüchtige, erfahrene Kraft. In diesem Falle sollen die Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit umgehend an Alb. Körner, Peine bei Hannover, Damm 41, eingeliefert werden. Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Eintritt am 1. Juli d. J.

**Drachloser Pressebleistift.** Die drachlose Technik hat während des Krieges unzweifelhaft bedeutende Fortschritte gemacht; aus diesem Grunde darf man wohl annehmen, daß die Funkentelegraphie für die Zukunft auf den Nachrichtenbleistift und damit auch auf die Presse großen Einfluß ausüben in der Lage sein wird. Die „Berliner Morgenzeitung“ stellt denn auch gelegentlich einer Beschreibung des Empfangs von Presseerzeugnissen in der Gesellschaft für drachlose Telegraphie in Berlin bereits eine Durchbrechung des staatlichen Monopols auf dem Gebiete der Funkentelegraphie zugunsten eines Pressebleistiftes in Aussicht. Beim Reichspostamt seien schon Schritte zur Konzeption eines Privatunternehmens eingeleitet, welche dort vollen Anklang gefunden hätten. Da sich ähnliche Bestrebungen auch in andern Ländern bemerkbar machen, so dürfte dieser neue Weg der Nachrichtenübermittlung vielleicht eine Umwälzung im Zeitungswesen der ganzen Welt bedeuten. Den Ausbau dieser Organisation denkt man sich so, daß z. B. eine in Neuen aufgebundene Depesche in allen Zeitungredaktionen der ganzen Welt gleichzeitig aufgenommen werden könnte. Ebenso würden aber auch in Deutschland die aus dem Auslande kommenden Nachrichten überall zu gleicher Zeit empfangen werden können, und zwar entweder direkt oder durch Vermittlung einer Großstation, die sie aufnimmt und dann innerhalb des Reiches sofort drachlos weitergibt. Direktor Solff hielt bei dem Empfang der Presseerzeugnisse einen Vortrag, in welchem er mitteilte, daß die wichtigste Neuerung in dem sogenannten Rahmenempfang besteht, bei dem an die Stelle des bisher in der Luft, und zwar in möglicher Höhe, gespannten Empfangsdrahtes ein einfacher, kleiner, mit Drähtchen bepanneter Solarkasten tritt, der in jedem Zimmer aufgestellt werden kann und der die Erziehung der bekannten hohen Türme und der mit ihnen verbundenen sonstigen Empfangseinrichtungen unnötig macht. Derartige „Rahmenantennen“ können zusammengelegt und bequem in der Hand getragen werden. Eine kleine Antenne, welche die Form eines Rechtecks von einem Meter Seilenlänge hat, soll es ermöglichen, Telegramme aus Gibraltar, Malta, Ultrachan, Moskau usw. aufzunehmen. Mit zehn Quadratmetern Seilenfläche können, wie behauptet wird, Telegramme aus Amerika aufgenommen werden. Sollte es gelingen, die Funkentelegraphie in den Dienst der Presse stellen zu können, so würde dies einen gewaltigen Fortschritt bedeuten, denn jedes Wort Umsetzungen würde dadurch in Wegfall kommen, viel Zeit, Arbeit und Kosten erspart werden können.

**Briefkasten**  
H. K. in Br.: In Nr. 51. — O. S. in W.: Nichts da! Wie in Nr. 50 in einer der sich immer notwendig machen den Ansprachen schon gesagt, müssen die vielen noch vorliegenden Vernehmlichungsberichte mit Stellungnahme zur Tarifbeschleunigung erhebliche Schwierigkeiten erfahren, wenn sie sich überhaupt erledigen, weil die Aufnahme in einer solchen Anzahl bis zum 31. Mai ganz und gar ausgeschlossen war. Hätte man der in Nr. 39 bei Eröffnung der Diskussion von der Redaktion ausgesprochenen Erwartung allgemeiner genügt und somit nicht in die Vernehmlichungsberichte den Schwerpunkt gelegt, dann brauchte man jetzt nicht über Streidungen räsonnieren. Die angenommenen Resolutionen erscheinen also nicht mehr im Wortlaute, neue Momente darin finden jedoch Erwähnung. Wollten wir anders handeln, könnten dies zu Pfingsten noch nicht einmal die vorherigen Stellungnahmen zu den Berliner Verhandlungen untergebracht werden, bis dahin wäre aber schon wieder ein Berg mit nachzusehen vorhanden. Durchkommen also gar nicht möglich. Wenn die meisten Teile bei der Berücksichtigung des Lokal egoismus mehr dämpfen würden, wäre der Redaktion sehr viel geholfen. — O. S. in G.: Unter den jetzigen Verhältnissen und unsicheren Verhältnissen eine derartige weitgehende Auskunft zu erteilen, ist uns erst recht nicht möglich. — M. in Gr.: Gebührend klein. Die Großschreibung ist nur in feststehenden Titeln üblich. — G. K. in Oelsnitz: 4,85 Mk.

**Verchiedene Eingänge**  
„Arbeits für Buchgewerbe.“ Begründet von Alexander Waldow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbevereine. 56. Band. Heft 1/2. Frühjahr 1919. Ein hübsch gestaltetes Heft mit vorzüglichen Aufzügen und sauberen, wirkungsvollen Satz- und Druckbeispielen. Dazu als Beilage Nr. 1/2 der Zeitschrift des Deutschen Vereins für Buchwesen und Schrifttum. Jährlich 12 Hefte 30 Mk. Einzelheft 2,50 Mk., Doppelheft 5 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig, Dolkstraße 1.  
„Tafelzüge für Auswanderer.“ (Der Auswanderer. Musikinstrumente und Nachrichten für deutsche Auswanderer. I. Teil.) Preis 1 Mk. Volksverlag für Politik und Berkehr. Eulgen 1919.  
„Zwölftes Bekehrtes Rezept.“ Ein Freund und Ratgeber für Gelunde und Kranke von unschätzbarem Werte. Preis 2 Mk. Paul Wiltrichs Verlag, Freiburg. Zu beziehen durch H. Aden, Leipzig 9, Charlottenstraße 21.  
„Die Neue Welt.“ Monatschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 3-6. 37. Jahrgang. 2. Band. Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Eulgen.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Charloisstraße 5 II, Fernsprecher: Emil Kurjurik, Nr. 1191.  
**Adressenveränderungen**  
A. Lieben, Vorsitzender: Alfred Straub, Leudnerstraße 5; Kallierer: Otto Zänger, Breiter Weg 94.  
Glogau, Reichsheimleiter: Emil Galleisky, Will.-Am.-Straße 7 IV, Auszahlung abends 6-7 Uhr.  
Schwabenberg, Vorsitzender und Kassierer: Max Liebert, Mersheimer Straße 8.  
A. Klein, Pomm. Vorsitzender: Karl Fobid, Grünstraße 23 I; Kassierer: Ernst Kallier, Künsterstraße 5 part.  
Sagan I. Schl. Vorsitzender: H. G. S. in G., Dortheenstraße 22 I.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
(Anmeldungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
Am Gau Samburg-Altota die Echer I. Gustav Kusch, geb. in Samburg 1879, ausgel. in Bremerode 1898; 2. Hermann Krufe, geb. in Neumünster 1881, ausgel. daf. 1901; 3. Wilhelm Henke, geb. in Samburg 1893, ausgel. daf. 1912; 4. Wilhelm Dorck, geb. in M. Gladbach 1887, ausgel. daf. 1906; die Bruder 5. Hermann Huff, geb. in Warenborff in Welschen 1883, ausgel. daf. 1901; 6. Hubert Sille, geb. in Samburg 1892, ausgel. daf. 1911; waren schon Mitglieder; 7. der Echer Hans Vogel, geb. in Samburg 1897, ausgel. daf. 1916; 8. der Bruder Theodor Sager, geb. in Samburg 1895, ausgel. daf. 1896; waren noch nicht Mitglieder. — Fr. Rumbler in Samburg, Gebirgsstraße 57 II.  
Am Gau Württemberg die Echer I. Konig S. Böhler, geb. in Ludwigsburg 1901, ausgel. in Neulinden 1918; 2. Walter Groß, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. daf. 1919; 3. Richard Gühring, geb. in Wölmang 1898, ausgel. daf. 1919; 4. Gustav Hummel, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. daf. 1919; 5. Max Koch, geb. in Kammflatt 1901, ausgel. daf. 1919; 6. Hermann Walther, geb. in Kammflatt 1901, ausgel. daf. 1919; 7. Eugen Reichert, geb. in Unterfessingen 1900, ausgel. in Ludwigsburg 1918; 8. Wilhelm Roth, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. daf. 1919; 9. Friedrich Schmitt, geb. in Ludwigsburg 1901, ausgel. daf. 1919; 10. Ernst Schmalz, geb. in Stuttgart 1900, ausgel. daf. 1919; 11. Emil Schmalz, geb. in Reutlingen 1901, ausgel. daf. 1919; 12. Emil Starb, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. daf. 1919; 13. Emil Straub, geb. in Gmünd 1900, ausgel. in Stuttgart 1919; 14. Karl Wänninger, geb. in Reutlingen 1901, ausgel. daf. 1919; 15. Karl Wänninger, geb. in Untergruppenbach 1900, ausgel. in Heilbronn 1919; die Schweizerdegen 17. Adolph K. M., geb. in Wetzlar im Jahre 1897, ausgel. in Bielefeld 1918; 18. Karl Müller, geb. in Schwabmünchen 1900, ausgel. daf. 1919; 19. Emil Schmalzer, geb. in Schwabmünchen 1901, ausgel. daf. 1919; die Bruder 20. Karl Grech, geb. in Seelheimen 1901, ausgel. in Gillingen; 21. Emil K. R., geb. in Stuttgart 1901, ausgel. daf. 1919; 22. Eugen Meder, geb. in Stuttgart 1901, ausgel. daf. 1919; 23. Eugen Mühlstein, geb. in Tübingen 1901, ausgel. daf. 1919; 24. Eugen Mühlstein, geb. in Freudenstadt 1901, ausgel. in Friedrichsdalen 1919; 25. Karl Schumacher, geb. in Heilbronn 1901, ausgel. daf. 1919; die Galvanoplastiker 26. Gustav Baumann, geb. in Heilbronn 1898, ausgel. daf. 1919; 27. Otto Schmittner, geb. in Heilbronn 1901, ausgel. daf. 1919; waren noch nicht Mitglieder; 28. der Maschinenbauer Anton K. in Hildesheim, geb. in Sulmlinger (Polen) 1883, ausgel. in Göttingen 1902; 29. der Schweizerdegen Friedrich Schmitt, geb. in Jagel 1887, ausgel. in Schwagener 1906; waren schon Mitglieder. — G. Klein in Stuttgart, Freileitstraße 54.  
Am Gau Leipzig 1. der Schweizerdegen Georg Mitter, geb. in S. Michaels 1875, ausgel. in Leipzig 1893; war noch nicht Mitglied; 2. der Korrektor Richard Raacke, geb. in Zeller I. S. 1862, ausgel. in Dresden 1880; die Bruder 3. Julius Bornschein, geb. in Grotz 1862, ausgel. in Leipzig 1880; 4. Otto Strauburger, geb. in Töb 1891, ausgel. daf. 1919; waren schon Mitglieder. — Karl G. in Leipzig, Hildesheimerstraße 9 I.  
Am Gau Schlesien-Helfen der Korrektor Bertold Bangert, geb. in Ruhla (Thüringen) 1880, ausgel. daf. 1893; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

**Veranstaltungskalender**  
Böhm. Bezirksversammlung Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 3 Uhr, im „Römer“ in Böhm, Alleestraße 26. Anträge sofort an den Vorsitzenden.  
Dresden. Korrektorversammlung Sonntag, den 25. Mai, nachmittags pünktlich 5 Uhr, im „Eisenfeld“, Knaubachstraße 16.  
Dortmund. Bezirksversammlung Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 2 Uhr, im „Rittplatz“ in Dortmund, Wühlfstraße 34.  
Eberswalde. Bezirksversammlung Sonntag, den 22. Juni, vormittags, in Eberswalde. Anträge bis 1. Juni an den Vorsitzenden.

**Was dem Inhalte dieser Nummer:**  
Artikel: Gauvorsitzenderberichter.  
Korrespondenzen: Altendorf. — Alt-Deutlich. — Augsburg. — Berlin (M.-S.). — Bielefeld. — Bochum (M.-S.). — Breslau. — Donaueschingen. — Geringswalde. — Hamburg-Altona. — Samburg (M.-S.). — Hamburg (M.-S.). — Hof. — Koblenz. — Kallowitz. — Kiel. — Stolzen. — Landsberg. — Leipzig. — Pögnitz. — Zillau. — Zwickau.  
Anschauung: Nachahmungsverleihe. — Gehilfenprüfung. — Protest gegen den Friedensvertragsentwurf der Allierten. — Ein Buchdruckermittel. — Gefährliche Brotkrumen. — Kantatenauffstellung. — Vom Buchhandel. — Bund für Fachschrifttum. — Offene Arbeitersekretariatsstellen. — Drachloser Pressebleistift.  
(Sitzung eine Beilage.)

**Schriftsetzereimechaniker**  
g. e. f. u. h. Bewerber müssen im Jurichten von Komplettmaschinen, Episteme Zouher und Mittermann, gewandt sein.  
S. Verthof, Metallmaschinenfabrik und Schriftsetzerei, H. G., Berlin SW 29, Belle-Alliance-Straße 88.  
Junges, tüchtiges, fleißiges  
**Schriftsetzer**  
firm im Abzügen und Setzungen, sucht Stellung  
Gest. Angebote unter Nr. 443 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.  
Junges, tüchtiges, fleißiges  
**Schriftsetzer**  
in allen Sätzen bewandert, sucht sofort Stellung. Adressbuchhandlung besorgt. Gest. Angebote erbeten an P. Wolf, Bielefeld, Langenhagen 25 III.

**Nach Chemnitz in Kontor**  
sucht Stellung leicht kriegerisch, Gehalts. Sal. 1400 Mk. Leipzig u. Technikum bei. Bel. Steint. I. N. K. u. A. rektorenlesen. Krug, Leipzig-Pl., Calvisiusstr. 32.  
Junges, tüchtiges  
**Maschinenmeister**  
an gewissenhaftes, hohes Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung. Zuschriften an Franz Jindel, Feldberg (Baden), Obere Medaistraße 29.  
W. M. MATHAEJS  
DESSAU  
Lerbsteinstr. 64  
Preisliste fr.  
Typographische Fachliteratur  
Lehrbücher für Satz und Druck empfiehlt Graph. Verlag S. Siegl, München 9, Columbusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

**Farbkarten, Zuzchen Schriftvorlagen**  
liefert billig und auf 1786  
Verband d. Deutsch. Typogr. Weltlich, Leipzig, Salomonstr. 8, Postfachkonto Nr. 53430. Preisliste kostenlos.  
„Buchgewerbliches Wissen“ Band 10:  
Praktische Papierkunde.  
Ein Hilfsbuch für Buchdrucker, Stein- drucker, Buchbinder und Papierverwalter. Mit 22 Abbildungen im Text u. 40 Beilagen: Proben der gangbarsten Papiere. Preis einseitig. Porz. und Verpackung 1,25 Mk.  
Verlag Julius Maier, Postfachkontonummer 6621, Leipzig.  
„Gutenbergs“ Leipzig  
In Anbetracht des bevorstehenden Jubiläumskonzerts bitten wir alle Sangesbrüder, die Abungsstunde des Dienstag pünktlich zu beenden.  
Der Vorstand.

Alten, Dingen, Jurischleichen um Fachliteratur, Buchhandl. Katalog umf. P. Goldschmidt, S. S. Rosenstr. 3.  
Nach längerem Krankenlager, Lungentuberkulose, erlitt am 12. Mai der Tod unser Mitglieb, den Meiler 1789

**Gustav Tief**  
geboren am 15. Oktober 1875 in Hofel (O.-Schl.).  
Verlebte war Mitbegründer und ebemaliger Vorsitzender unseres Ortsvereins. Durch sein getreues, achtholles Wirken hat derselbe sich die Verehrung aller Kollegen erworben. Er war einer unserer Besten. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedächtnis bewahren.  
Ortsverein G. Tief, G. Tiefverein „Typograph“.

**Bellenmaß** mit sechs Einteilung, 50 Pf. C. Fritz, Mainz, Mainstr. 30.  
Nach langer Ungewißheit erheilen wir die Nachricht, daß unser lieber Kollege 1790-  
**Willi Schielerbusch**  
Musikler im 51. Reg. Nr. 15 am 25. August v. J. bei Gulle- mont gefallen ist.  
Am 1. Mai verschied nach kurzer Krankheit an Lungenerkrankung unser lieber Kollege, der Schweizerdegen  
**Emil Dfermann**  
im Alter von 45 Jahren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedächtnis bewahren.  
Bezirksverein Barmen.

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Chargennummern 5 Wennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsbild bis zu 25 Wennig.

Beilage zu Nr. 55 — Leipzig, den 20. Mai 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Altenburg.** In der Ortsvereinsversammlung am 17. März gedachte der Vorsitzende Wisluga zunächst eines verstorbenen Kollegen und dann der 25jährigen Verbandsmittelschicht des Kollegen Oskar Reichensbach. Eine Wiederaufnahme und eine Neuaufnahme wurden genehmigt. Hierauf folgte ein mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Kollegen Kuchschach über die gegenwärtigen Zellverhältnisse, in dem Vortragende betonte, daß es ausschließliches Recht der Gewerkschaften sein und bleiben müsse, über die Notwendigkeit eines Streiks zu beschließen. In der lebhaften Aussprache wurde auch gesagt, daß die Arbeiter in den Gewerkschaften mehr als bisher politisiert werden müßten. (Parteipolitisch ist doch nicht gemeint! Red.) — Am 27. April fand Bezirksversammlung statt. Der Begrüßung folgte die Erörung der Kollegen Franz Schneider (Schömln), Gustav Müller und Richard Freitag (Altenburg) anlässlich ihres 25jährigen Verbandsjubiläums. Dem Kassierer wurde nach dem Vortrage der Kassenberichte für das erste Quartal 1919 Entlastung erteilt, worauf sämtliche im Bezirk Neuaußgeleiteten mit entsprechenden Ermahnungen und Hinweisen zur Ausnahme kamen. Der Punkt „Stellungnahme zur bevorstehenden Gewerkschaftenkonferenz und Sitzung des Tarifausschusses“ zelligte nach umfangreicher Aussprache eine an den Streikvertreter zu sendende Resolution, in der die Lage der hiesigen Gehilfenchaft berehnt Ausdruck in bestimmten Forderungen fand. Bei den Ferien wurden Sicherungen verlangt, daß sie nicht durch Kündigungen umgangen werden. Unter anderem fordern die Berechnen Entschädigung sämtlicher Feiertage. Verlangt wurde auch, die Presse solle energischer als bisher gegen den Preiswucher Front machen. Dann wurde noch über das übliche Thema, das sich wie ein roter Faden durch alle Versammlungen zieht, die Ernährungsfragen, gesprochen, wobei viele Klagen und unlesbare Vorhommnisse zur Sprache kamen.

**y. Alt-Neuötting.** (Rückblick.) Das Jahr 1918 wurde durch Veranstaltung einer schicksalserhellenden Heimkehrfeier für unsere Feldgrauen am Silvester abgeschlossen. Unsere Mitgliedschaft hat sechs liebe Kollegen verloren. Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 13 Mann haben wir aus unserer Ortsliste die Summe von rund 650 Mk. für die Feldgrauen Kollegen und ihre Familien gegeben. — Die Generalversammlung am 11. Januar brachte in der Vorstandssitzung eine Neubesetzung der Ämter: Kollege Karl Görg, Vorsitzender; Toni Niedermayer, Kassierer. Außer internen Angelegenheiten kam der Wunsch zur Gründung eines Gewerkschaftskartells zur Sprache. — Besser als die Generalversammlung war unsere Quartalsversammlung am 12. April besetzt. In derselben wurde nach Erstattung der üblichen Berichte beschlossen, aus Anlaß des heutigen zehnjährigen Gründungstages unserer Mitgliedschaft zu zünftigen eine in einfachem Rahmen zu haltende Feierei zu veranstalten und in Verbindung damit die Kollegen der umliegenden Druckerei zu einer Bezirksversammlung am zweiten Feiertag einzuladen. Unter Punkt „Verschiedenes“ konnte mitgeteilt werden, daß die Firma Gebr. Geiselberger Ferien bewilligt hat. Sodann sah sich die Versammlung gezwungen, zu Äußerungen des Herrn Dr. Geiselberger, Mitinhaber der Firma Gebr. Geiselberger, Stellung zu nehmen. Genannter Herr ließ anlässlich einer Prinzipalsversammlung zu München am 1. März sich vernehmen, daß die Feuerungszulagen in ihrer jetzigen Höhe für die Provinz entschieden ungerecht seien, weil man auf dem Lande doch noch bedeutend billiger lebe als in den Großstädten. Herr Dr. Geiselberger suchte dies dadurch zu bekräftigen, daß man (nur nach seiner Angabe) in Württemberg Mittagslohn mit Bier für 1 Mk. bekomme. Der gegen diese Auslassungen eingelegte Protest wurde dem Vorsitzenden der Vereinigung ober- und niederbayerischer Provinzdruckereibesitzer, in deren Aufrag Herr Geiselberger gesprochen haben will, und an die betreffende Firma selbst geleitet. Zu dem von der bayerischen Räterepublik beschlossenen Sozialisierungsprogramm für das Allertweltsprägekind, die Presse, wurde ebenfalls Stellung genommen und beschlossen, sich auf den Boden der von den Augsburger Presseangehörigen und technischen Arbeitern gefassten Resolution zu stellen. Für die Provinzkollegen würde die Sozialisierung der Presse eine Periode großer Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

**S-r. Augsburg.** (Vierteljahrsbericht.) Der Ausschub rief die Mitglieder auf den Damm. Es handelte sich um die Einführung des freien Sonnabendnachmittags, Regelung der Urlaubsverhältnisse und andre Fragen. Bezüglich des freien Sonnabendnachmittags wurde zunächst zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern eine Vereinbarung getroffen, daß die am Sonnabend ausfallenden vier Arbeitsstunden an den übrigen Wochentagen eingebracht werden müssen. Wegen diese Abmachung wurde von einem größeren Teil unserer Mitglieder Protest erhoben. In einer Mitgliederversammlung äußerten sich einige Redner dahin, daß überhaupt die 44stündige Arbeitswoche unter Fortbezahlung der bisherigen Löhne gefordert werden müsse. Dadurch sei auch die Möglichkeit geboten, die Zahl der

Arbeitslosen zu verringern. Nachdem der Vorsitzende Edelmann beknüppelt, daß die Münchner Kollegenchaft die gleiche Forderung an die Prinzipalsität gestellt habe, wurde leitens der Versammlung einstimmig dieser und den andern Münchner Forderungen beigetreten. Dem Ausschusse wurde eine aus der Versammlung heraus gewählte sechsgliedrige Kommission zur weiteren Erledigung beigegeben. Außerdem auch die Vertreter der übrigen Organisationen des graphischen Gewerbes dazu eingeladen. Die Kommission legte dann der Prinzipalsität folgende Forderungen vor: Einführung der 44stündigen Arbeitswoche mit freiem Sonnabendnachmittags unter Fortbezahlung des Lohnes, Regelung der Urlaubsverhältnisse, Abschaffung des Berechnens bzw. der Akkordarbeit, Einführung der Zwangsorganikation im graphischen Gewerbe. Am 7. April blieb eine starkbesetzte Mitgliederversammlung die Beschlüsse der Kommission einstimmig auf. Die Prinzipalsität wurde nun zu Verhandlungen eingeladen und dabei bemerkt, daß die zu treffenden Abmachungen spätestens am 14. April in Kraft treten sollten. Am 9. April fanden im großen Sitzungssaale des Augsburger Rathauses gemeinsame Verhandlungen statt. Nach dreistündiger Beratung einigte man sich dahingehend, daß die karlsruher Prinzipalsität Augsburger unter Vorbehalt der sofort erbetenen Zustimmung des Tarifausschusses die Forderungen der Gehilfenchaft anerkennen, soweit sie das Buchdruckgewerbe anbelangen. Durch die politischen Ereignisse in Bayern war es leider nicht möglich, die Abwendung eines entsprechenden Telegramms an das Karlsruher Gewerkschaften. In Anbetracht der Dringlichkeit verhandelte der Vorsitzende der Gehilfenkommission, Kollege Gg. Maler, am 12. April deshalb mit dem Vorsitzenden der Augsburger Buchdruckerbeisitzer, Herrn Pfeiffer, und ist das Ergebnis: die 44stündige Arbeitswoche mit vier Stunden bis Sonnabend mittags sowie die Abschaffung des Berechnens. Diese Vereinbarung ist am hiesigen Orte von den karlsruher Prinzipalen anerkannt und seit dem 14. April durchgeführt worden. Die übrigen Punkte unserer Forderungen bleiben einer besonderen Regelung durch eine gemischte Kommission vorbehalten. — Die Versammlung am 7. April mußte infolge Verbindung unseres bisherigen Vorsitzenden Edelmann, der zur Zeit das Amt des Stadtkommendanten bekleidet, einen ersten Vorsitzenden wählen. Einmütig wurde unser früherer Vorsitzender Maler, Ollostraße 7 II, dazu bestimmt.

**Berlin.** (Vierteljahrsbericht der Kofaktionerabteilung.) Durch die Ungunst der Kriegsverhältnisse wurde das Vereinsleben in den letzten Jahren trotz der Anstrengungen des Vorstandes zum Stillstand gebracht. Nach wiederholten Bemühungen gelang es endlich, am 15. Dezember 1918 eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung abzuhalten. Es wurde beschlossen, die Geschäfte der Abteilung in den alten Verhältnissen wieder aufzunehmen. Die für die Abteilungsleitung vorgeschlagene Neuwahl der Obleute zelligte als Resultat, daß zum ersten Obmann Kollege A. Schneider gewählt wurde. Der Standpunkt der Versammlung in der schwebenden Lohnfrage wie zur Sonntagsarbeit (Montagsausgaben) wurde in einer diesbezüglichen Resolution niedergelegt. — Die Januarversammlung mußte der Anruhen wegen ausfallen. — Im Februar hielt Kollege G. Sul ein Referat: „Die Sparte der Kofaktioner — unsere Ziele in der Gesamtbewegung“. Der Zweck der Kofaktion unter den unserer Bewegung fernstehenden Kollegen ist dadurch glänzend gefördert worden. Bisher haben sich über 100 Kollegen angeschlossen. Da die geforderte Regelung der Nachschüsse nicht im gewünschten Sinn ihre Erledigung gefunden hatte, wurde in einer Resolution vom Tarifausschub eine generelle Regelung verlangt. — Die März- und Aprilversammlung beschaltigte sich mit dem Berichte von der Tarifausschubung sowie mit tariflichen und organisatorischen Fragen. Unter den technischen Angelegenheiten wurde besonders die Kalamität der vielfach lebenden Drucktücher einer eingehenden Besprechung unterzogen. Es wurde festgestellt, daß ein wirklich brauchbarer Erlass für Molekulin bisher nicht gefunden ist. Der Versammlungsbesuch war bisher ein guter zu nennen.

**y. Bielefeld.** In der Monatsversammlung vom 17. April gedachte der Vorsitzende Böhner vor Eintritt in die Verhandlungen in ehrenden Worten des Ablebens des um den Ortsverein Minden sehr verdienten langjährigen Vorsitzenden Berlin, gab Kenntnis von zwei Streitfällen, die sich aus der Demobilisierung ergeben und bisher den Schlichtungsausschub beschäftigten, dem Graphischen Arbeitsamt zur Erledigung zu überweisen sind; tarifliche Streitigkeiten erliefge das Tarifschiedsgericht. Er gab weiter Kenntnis, daß infolge der Bahnverhältnisse immer noch keine Bezirksversammlung abgehalten werden konnte, aber nun die Abhaltung einer Bezirksvertrauensmännerversammlung in Serford festgelegt sei. Auf die neue Bekanntmachung des Regierungspräsidenten von Minden als Demobilisierungskommissar, wonach Überstunden nicht geleistet werden dürfen, verwies er ebenfalls sowie auf die Neuordnung betreffs Nacharbeit und Arbeitszeitverkürzung wegen Arbeitsmangels in Nr. 37 des „Forr.“. Zu Punkt 3:

„Was erwarten wir von der anberaumten Tarifausschubung?“, lagen zwei Schreiben aus Mittalberkreisen vor. Es fand eine rege Aussprache über unsere Öbne, Arbeitszeit und die Ferientage statt. Verschiedene Anregungen und Wünsche wurden aus der Versammlung dem Gehilfenvertreter Albrecht als Material überwiehen.

**de. Bochum.** (Machlinenseher.) In der am 6. April stattgehabten ersten Bezirksversammlung, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte, gedachte der Vorsitzende Krüll zunächst der im Weltkrieg gefallenen sowie der in Gefangenenschaft schmachtenden Kollegen. Beschlossen wurde, den auswärtigen Kollegen die Fahrkosten zu den Bezirksversammlungen zu gewähren. Der Vierteljahrsbeitrag wurde auf 2 Mk. erhöht. Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, erbaltten keine Fahrkostenzuschußung. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Hattlingen gewählt. Der Punkt „Technisches“ zelligte eine rege Aussprache. Nachdem Kollege Müllen (Rechtlinghausen) noch über den Verlauf der Vorgänge vorläufig berichtet, fand die äußerst anregend verlaufene Versammlung nach dreistündiger Dauer ihr Ende.

**Breslau.** Nach Erörung von vier verstorbenen Kollegen konnte die Versammlung am 29. April, die wieder sehr gut besucht war, 30 Kollegen dem Gauvorsitzende zur Aufnahme empfehlen. Sodann wurden die aus der Bezirksvorsichterkonferenz am 26. und 27. April aufgestellten Anträge zur Tarifausschubung eingehend besprochen und dem Gehilfenvertreter unsere Wünsche und Forderungen auf den Weg gegeben. Neben ausgiebigen Feuerungsulagen und der Einführung der obstariflichen Feiertagsgewährung wurde hierbei besonders der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Abschaffung der Nacharbeit und der Regelung der Lehrlingsfrage das Wort erteilt. Der Bezirksvorsichterkonferenz wurde für ihre erfolgreiche Arbeit Dank ausgesprochen. Nach Stellungnahme von den Arbeiterratswahlen, deren Wichtigkeit nicht verkannt wurde, wurde auf die Bedeutung des 1. Mal hingewiesen. Den Arbeitslosen und Invaliden wurde, entsprechend dem Branch in früheren Jahren, zur Maifeier eine Ertraumsetzung von 5 Mk. bewilligt.

**K. K. Donaueschingen.** Am 13. April fand hier eine Versammlung der Schwarzwalddrucker statt. Kollege Wehrle (Donaueschingen) eröffnete mit einem Willkommensgruß an die ziemlich zahlreich erschienenen Kollegen die Versammlung und erteilte hierauf dem neu-gewählten Bezirksvorsichtenden Sandfort (Freiburg) das Wort. Die Ausführungen wurden mit größtem Interesse aufgenommen; man sah, daß hier der rechte Mann an Platze steht. In der Diskussion wies Kollege Kaiser darauf hin, daß unkluge politische Köpfe am Werke seien, die Gewerkschaften in ein rein politisch-radikales Fahrwasser zu treiben. Einmütig stand die Versammlung auf dem Standpunkte, daß der § 1 unseres Verbandsstatuts (Neutralität des Verbandes) erhalten bleiben müsse. Auch die politischen Massenstreiks wurden mißbilligt. Im übrigen wurde positive Arbeit geleistet, namentlich in der Aussprache über soziale und wirtschaftliche Fragen; so wurde auch die Wohnungs- und Lebensmittelfrage behandelt. Auch wurden Stimmen laut, daß man über das nochmalige Höherdrücken des Beitrags nicht erbaudt sei und nun ein Stillstand unbedingt eintreten müsse. Ferner wurden die Lehrlingsfrage, Arbeitslosenfrage, Schmutzkultur und Lohnverhältnisse behandelt. Mancher Kollege hatte etwas auf dem Herzen und bekam bereitwillig Auskunft vom Bezirksvorsichtenden. Nach anregender Debatte dankte der Vorsitzende nochmals dem neuen Bezirksvorsichtenden sowie dem Bezirkskassierer Wolber (Freiburg) für das Erhalten.

**Seringswalde.** Auf Einladung des Kollegen Hornig fanden sich am 12. April die Gehilfen aus den Druckereien Waldheim, Sarba und Seringswalde hier ein. Zweck der Zusammenkunft war die Gründung eines Bezirksvereins. Die Gründung kam auch zustande. Die Kollegen aus den genannten Druckereien waren fast alle erschienen. Zum Vorsitzenden des Vereins wurde Kollege Seifmann (Waldheim), zum Kassierer Kollege Hornig (Sarba) gewählt. Die Aussprache über die reichhaltige Tagesordnung erbrachte den Beweis, daß die Gründung des Bezirksvereins einem wirklichen Bedürfnis entspricht. Allmonatlich soll eine Versammlung stattfinden.

**Hamburg-Altona.** Am Ostermontag veranstaltete der Gauverein für seine etwa 300 gefallenen Mitglieder eine eindrucksvolle Gedenkfeier im „Konventgarten“. Eine andächtig laufende Versammlung füllte den großen Saal. Das Orchester des Vereins Hamburgischer Musikfreunde unter persönlicher Leitung seines Dirigenten Eibenschütz gab der Feier ein stimmungsvolles Gepräge, die ihren Höhepunkt in Eckhartens „Ouverture solennelle 1812“ fand, in deren gewaltigen Akkorden auch die Wogen unserer kurbewegten Zeit vorüberzogen. Karl Frohme, der alte Kämpfer des Sozialismus, widmete den Gefallenen bewegende Worte des Gedenkens, die Versammelten auf-fordernd, das Vermächtnis dieser Märtyrer der großen Weltentwende zu wahren und den unerschütterlichen Glauben an uns selbst, an unser Volk, nicht aufzugeben. Die Nieder-tafel „Gutenberg“, die nach Rückkehr der Kriegsteilnehmer

zum ersten Male wieder verstärkt vor die Kollegen schaffte, beschloß die Gedächtnisrede mit dem tiefempfindlichen Chor Ludwig Uhlands „Der gute Kamerad“. Besondere Erwähnung verdienen noch der mit bestem Bemühen von der Niederlassung vorgelegene Pilgerchor aus „Tannhäuser“ mit Orchesterbegleitung und die markante Dichtung des Kollegen Ernst Precaang, welcher allerdings die Verfassung durch Grete Niebe nicht ganz gerecht zu werden vermochte. Im ganzen nahm die Gedächtnisfeier einen sehr erhebenden Verlauf und dürfte sicher der Hamburger Kollegenchaft noch recht lange im Gedächtnisse haften.

**Hamburg.** (Maschinenmeister. — Vierteljahrsbericht.) Am 26. Januar fand unsre alljährliche Generalversammlung statt. An Stelle des erkrankten Vorstehenden vollzog erstliche Kollege Hinz die Verlesung. Der Krieg hat eine furchtbare Lücke gerissen, sind doch 63 Kollegen oder rund 15 Proz. nicht wieder zurückgekehrt. Die Verlesung ehrte das Andenken der Gefallenen und Verstorbenen. Kollege Hinz erstattete ferner den Jahres- und Kassenbericht. Die Neuwahl des Vorstandes ergab u. a. die Kollegen Florz als erster Vorsteher, Weffel als 2. Stellvertreter. Beschlossen wurde noch, den Witwen der gefallenen Kollegen ein Sterbegeld von 25 Mk. bei 250 Wochen Karez auszuzahlen. — Am 15. Februar fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Es wurde eine Statutenänderung sowie eine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche beschlossen. Ferner wurde die Bibliothek dem Buchdruckerverein Hamburg-Altona überwiesen. — In der Märzversammlung hielt der Vertreter von der Firma Wölter (Pölpitz), Herr Hölzig, einen Vortrag über „Pneumatisches Walzengelehrten“, der eine rege Debatte zeitigte. Es sei Herrn Hölzig an dieser Stelle nochmals bestens gedankt.

**Hamburg.** Die Vierteljahrsversammlung des Norddeutschen Maschinenlegervereins fand — auch ein Fortschritt — im staatlichen Technischen Vorlesungsgebäude statt. Herr Diplomingenieur Brünig hielt einen sehr interessanten Vortrag mit Lichtbildern und praktischen Demonstrationen über Elektromotoren. Der Einladung des Vereins folgend, war zu diesem Vortrag auch eine Anzahl Maschinenmeister und Stereotypenkollegen erschienen. Der Besuch von auswärtig lieb infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse zu wünschen übrig. Durch die Demonstration und Neuaufnahmen ist der Mitgliederbestand von 297 Kollegen wieder auf 335 gestiegen. Die Kollegen haben Zulagen von 8 und 10 Mk. erhalten und, wie aus der Berichtserstattung weiter hervorging, in einigen Fällen auch eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung. Eine längere Debatte brachten die Wünsche zur Tarifreife im Mai. In der nachdrücklichst auf die auch den Würzburger Generalversammlungsdelegierten fernerzeit überreichte Denkschrift des Vereins hingewiesen wurde. Seltens der Meier Kollegen lag ein schriftlicher Antrag vor, die Arbeitszeit der Maschinenleger auf 7 Stunden einschließlich Pausen und Puzzeit festzusetzen, der einstimmige Zustimmung fand. Ein Antrag der Lübecker Kollegen auf Verbot der Nacharbeit wurde dem Beschließungsverfasser als Material überwiesen.

**Hof l. B.** Die am 12. April abgehaltene Mitgliederversammlung hatte sich guten Besuchs zu erfreuen. Ausgeleitet war eine Rundsendung mit Geschäftsdrucksachen, die allgemeinen Anknägelung. Verschiedene Zirkulare des Gewerks wurden bekanntgegeben. Der Kassenbericht zeigte, daß infolge des hohen Konditionslostanstieges im abgelaufenen Vierteljahre die Verbandskasse einen Vorhub von 1000 Mark benötigte. Gegen zwei Firmen soll Streichung aus dem Tarifverzeichnis beantragt werden wegen Nichterhaltung des Tarifs. Die Schwerarbeiterzulage wurde den Kollegen entzogen, neuer Antrag auf Fortgewährung soll gestellt werden. Als erfreuliches Zeichen ist zu buchen, daß neun Kollegen unsrer Organisation beigetreten sind. Die wenigen Kollegen, die unsrer Sache noch fernsehen, mögen ebenfalls den Weg zum Verbands finden. Wegen Überbürdung des Vorstehenden, der nebenbei die Kassen mit verwaltete, wurde die Wahl eines Vertrauensmannes vorgenommen; diese fiel fast einstimmig auf den Kollegen W. Unger. Kassierer bleibt Kollege Krassell. Dem Bezirksvereine Sol gehören folgende Druckorte an: Hof, Mühlberg, Sol, Marktredwitz, Munsiedel und Schmiedel. Die „Topographischen Mitteilungen“ werden in 63 Exemplaren gelesen.

**Köln.** Nach vierjähriger Kriegsdauer konnte der Ortsverein am 29. März eine Generalversammlung abhalten. Herzliche Begrüßungsworte richtete der Vorsitzende Kätner an die aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder. Leider seien verschiedene nicht zurückgekehrt. Hierauf wurde der Jahres- und Kassenbericht erstattet und dem Kollegen Kästner, der in den Kriegsjahren die Geschäfte des Ortsvereins versehen hatte, der Dank der Versammlung zuteil. Der alte Vorstand wurde bis auf den Schriftführer wiedergewählt. Der Beitrag wurde um 20 Pf. erhöht. Unmonatlich soll nun wieder regelmäßig eine Versammlung abgehalten werden. Nachdem Erledigung einer internen Angelegenheit. — Aus Anlaß der aus dem Felde heimgekehrten Kollegen fand dann ein gemühtliches Beisammensein statt, das die Kollegen mit ihren Familien lange in fröhlicher Stimmung beisammensein ließ.

**Kattowitz.** Die Löhne der Gehilfen sind gegenüber denen anderer Berufe im ober-schlesischen Industriebezirke seit Jahren niedriger und bewegen sich zur Zeit zum größten Teil zwischen 70 bis 80 Mk. Wie katastrophal festgesetzt wurde, betragen die Löhne von zehn anderen Berufen durchweg über 80 bis 120 Mk. pro Woche. Daß unsre Kollegen auf die Dauer diese Zustände ohne Schaden nicht ertragen können, liegt auf der Hand. Um eine bessere Entlohnung zu erhalten, verlangten die Gehilfen um Mitte April 20 Mk. pro Woche Aufbesserung. Am 13. April haben

in Kattowitz mit den Prinzipalen Verhandlungen stattgefunden, die zu folgendem Vergleich führten: Gehilfen im Alter bis zu 21 Jahren sollen 5 Mk., alle übrigen 12,50 Mk. pro Woche Zulage erhalten, ohne Rücksicht auf die derzeitige Lohnhöhe des einzelnen. Eine am Tage darauf in Kattowitz von über 100 Buchdruckergehilfen beschlossene allgemeine Versammlung empfahl Annahme des Bewilligten mit einer Resolution, die sich nur zwecks Erhaltung des Friedens im Gewerbe mit den Abmachungen einverstanden erklärt. Bemerkenswert sei noch, daß die Prinzipalvertreter versprochen, für Bezahlung allerorts zu sorgen. Den Bemühungen des Gewerkschafters Fiedler ist es zu danken, daß eine Einigung überhaupt zustande kam.

**Kiel.** Die verflochtenen vier Wochen brachten uns ein reges Vereinsleben. Es wurden fünf Mitgliederversammlungen abgehalten, die durchweg gut besucht waren. In der Versammlung am 13. April wurden, da die Lebensverhältnisse am Orte nachgerade unerträglich geworden sind, Lohnforderungen formuliert, die den Arbeitgebern am 14. April überreicht wurden. Nach mehrmaligem Verhandeln wurden folgende Zugeständnisse erreicht: Die Gehilfen der Zeitungsbetriebe erhalten eine wöchentliche Zulage von 15 Mk., alle übrigen Gehilfen erhalten eine solche von 11 Mk.; außerdem wird an alle Gehilfen, die vor dem 1. April im Betriebe tätig waren, eine einmalige Entschädigung von 25 Mk. gewährt. Die wöchentlichen Zulagen werden ab 14. April gezahlt. Alle Bemühungen, eine gleich hohe Zulage für sämtliche Gehilfen zu erlangen, waren vergebens. Die Gehilfenschaft erklärte sich mit dem Erreichten unter Vorbehalt zufrieden. Von der Tagung des Tarifausschusses erhoffen wir eine durchgreifende Aufbesserung unsrer bedrängten Lage. Die Buchdrucker gehören hier mit zu den schlechtest bezahlten Arbeitern. — Die Versammlung am 30. April befaßte sich mit der Beratung der Anträge zur Tarifausschließung und stellte als Hauptforderung die Anpassung an die jetzigen Verhältnisse.

**m. Stobenz.** Die sehr anregend verlaufene Jahreshauptversammlung des Bezirks fand in Koblenz am 15. April statt. Anwesend waren Kollegen aus Andernach (4), Neuwied (38), Kochem (3), Stobenz (32, was minimal zu nennen ist), Manen (1), Oberlahnstein (1), Zell (1). Leider fehlten durch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse sowie die Belegung der Kollegen von Kreuznach, Oberlahnstein und Simmern. Vorsitzender Fitz begrüßte besonders die zurückgekehrten Feldgrauen. Zwei Kollegen wurden einstimmig aufgenommen. Nachdem Zirkulare und sonstige Angelegenheiten zur Beachtung empfohlen, gab Kassierer Klein vom dritten und vierten Quartal Bericht; es wurde ihm Entlastung erteilt. Den Jahresbericht des Vorstandes erstattete der Vorsitzende in kurzen Zügen und gedachte ehrend der Gefallenen (25) und der Verstorbenen (3). Eine längere Diskussion veranlaßte Punkt 4: „Ausdrücke über die Teuerungszulage“. Viele wurde nicht der heuligen Teuerung entsprechend befunden. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die Kollegen Neu als erster Vorsitzender und Klein als Kassierer einstimmig gewählt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Kreuznach best. Nach dem Kollegen Neu zu regem Interesse an Verbandsleben aufgefordert, die Errichtung der Maschinenmeisterpartei in empfehlende Erinnerung gebracht war, trat Schluß der gutverlaufenden Versammlung ein.

**Landsberg a. d. W.** Am 6. April hielt der Ortsverein unter der Leitung des Vorstehenden Kutowksch eine Mitgliederversammlung ab. Festgestellt wurde, daß der Ortsverein zur Zeit 45 Mitglieder zählt, so daß der Stand vor Ausbruch des Krieges wieder erreicht ist. Im wesentlichen verdanken wir dies dem Umstande, daß das „Neumärkische Volksblatt“ seit dem 1. April in Landsberg selbst gedruckt wird. Bisher erschien dasselbe als Kopialblatt der „Märkischen Volksstimme“ in Kottbus. Bis auf eine Ausnahme sind sämtliche Kollegen am Ort im Verbands. Nach der Aufnahme drei neuangelernter Kollegen erstattete der Kassierer den Kassenbericht für das erste Vierteljahr 1919. Der Bestand der Driskasse belief sich am 31. März auf 103,65 Mk. Unter dem Punkte „Tarifliches“ wurden zunächst die Verhältnisse in der Druckerei von Bartel erörtert. Diese Druckerei arbeitet ausschließlich mit Lebrlingen. Es lagen der Versammlung Druckerzeugnisse vor, die den einfachsten Regeln der Technik und Orthographie geradezuohnen. Dabei ist Herr Bartel sogar noch Mitglied der Gesellenprüfungs-kommission, in dessen „Kunststempel“ die jungen Gesellen der heiligen und auswärtiger Druckereien ihre Prüfung abzugeben haben! Ein Vorstellwerden bei der Handwerkskammer blieb fernerzeit erfolglos. Da unter den obwaltenden Umständen die Ausbildung der Lebrlinge stark gefährdet erscheint, wurde der Vorstand beauftragt, bei der Gewerbeinspektion oder aber bei dem Demobilisierungskommissar Schritte in die Wege zu leiten, um dem gewerbeschädigenden Treiben dieser Firma einen Riegel vorzulegen. Hierauf Erstattung des Kartellberichts.

**Leipzig.** In der am 25. April abgehaltenen Generalversammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen gab der Vorsitzende Engelbrecht zunächst das Resultat der Vorstandswahl bekannt. Gewählt wurden, bis auf einige freiwillig ausscheidende Mitglieder, die bisherigen Vorstandsmitglieder. Er dankte den ausscheidenden und vor allem den älteren Kollegen, die während des Krieges bereitwillig in den Vorstand eintraten, für ihre Tätigkeit. Im Hand des gedruckt vorliegenden Rechenschaftsberichts gab Kollege Engelbrecht noch einige Erläuterungen und stellte Vergleiche an über die Ausgaben an Unterhaltungen in den Jahren 1917 und 1918. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Auch in die verschiedenen

Kommissionen wurden die bisher fälligen Kollegen wieder entsandt, bis auf einen turnusgemäß ausscheidenden Kollegen. Der Kassenbericht wurde von 90 Pf. auf 1 Mk. erhöht. Die Entschädigungen für den Gewerkschaftler, den Schlichtungsrichter und die vom Stimmensplitter fanden in Anbetracht der steigenden Teuerung ebenfalls eine Erhöhung. Anschließend berichtete Kollege Engelbrecht über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung. Da mit den Leipziger Prinzipalen keine Einigung erzielt wurde, sei diese Angelegenheit dem Tarifamt unterbreitet worden.

**R. Wiegand.** In der am 3. Mai abgehaltenen Monatsversammlung erstattete Kollege Verdau den Kassenbericht vom ersten Vierteljahre, Kollege Seewald gab den Kartellbericht. Beschlossen wurde, die Feier des 50. Stiftungsfestes im Oktober d. J. abzuhalfen. Sodann erstattete Vorsitzender Scholz Bericht über die am 26. und 27. April in Breslau abgehaltene Bezirksvorsteherkonferenz, in der alle Wünsche dem Gewerkschaftler zur nächsten Tarifausschließung vorgelesen wurden. Weiter wurde berichtet, daß die Personale der heiligen Druckereien den Prinzipalen einmalige Forderungen von Entschädigungssummen unterbreitet hatten. Sie wurden zwar nicht in der geforderten Höhe bewilligt, jedoch erhalten die Kollegen Beträge von 50 bis 250 Mk., je nach der Länge der Gestaltzugehörigkeit, ausbezahlt. Heilige Vorwürfe wurden den Mitgliedern der Kommission zuteil, weil sie von den gestellten Forderungen zumgunsten der jüngeren Kollegen abgegangen war, welche im Interesse der Allgemeinheit staube aber richtig gehandelt zu haben. — Am 22. Juni wird Gewerkschaftler Fiedler in einer Bezirksversammlung, die in Hannover stattfinden wird, Bericht über die jetzige Tarifausschließung geben.

**Z. Ziffan.** (Vierteljahrsbericht.) Am 26. Januar fand die Generalversammlung statt. Kollege Bruntsch begrüßte die vom Seeresdienst zurückgekehrten Kollegen und erstattete hierauf den Kassenbericht. Aufgenommen wurde ein Kollege. Der bisher amtierende Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. In das Kartell delegierte man die Kollegen Bauer und Klof. Der Driskassenbericht wurde in der alten Höhe mit 20 Pf. beibehalten. Über die Tätigkeit des Tarifschlichtungsrichters berichtete Kollege Schneider. Prinzipalseitig waren keine Klagen eingegangen. Zugunsten der Gehilfen wurden zwei Klagen entschieden. — In der am 2. August abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde Kollege Nieder als erster Vorsitzender gewählt. Seine Ausführungen gipfelten in der Mahnung an alle Kollegen, mehr Interesse an Verbandsleben zu zeigen und die Versammlungen vollständig zu besuchen. — Die am Kartelltag abgehaltene Mitgliederversammlung erledigte vier Aufnahmegeluche. Vorsitzender Nieder richtete an die Neuausgelernten ermahnende Worte und machte sie mit den Rechten und Pflichten als Verbandsmitglied vertraut. Einstimmig bewilligt wurde der Antrag, der Graphischen Vereinigung eine Geldbeiträge in Höhe von 50 Mk. zu gewähren. Nachdem machte der Vorsitzende noch ausführliche Mitteilungen über die seit der Resolution ergangenen Verordnungen über die Arbeitsverhältnisse.

**Zwickau.** (Vierteljahrsbericht.) Die Versammlung am 8. März nahm nach Erledigung einiger Aufnahmegeluche das Ergebnis der Verhandlungen mit den Prinzipalen wegen Milderung der Arbeitslosigkeit entgegen, wonach weitestente Entgegenkommen seitens der Prinzipale in bezug auf Wieder- bzw. Mehrinstellung von Arbeitslosen, Wegfall der Überstunden und des Malernauslaufes zugestimmt wurde. — Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß einzelne Prinzipale das nötige soziale Verständnis hatten und den Beschließungen nachkamen, so mußte doch in der Versammlung vom 5. April festgestellt werden, daß der überwiegende Teil sich an die getroffenen Abmachungen nicht hält und andre Schritte ergriffen werden müssen. Der vom Kollegen Bauer erstattete Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz förderte kaum glaubliche Verhältnisse zutage. So werden in Annaberg noch Löhne von 30 Mk. gezahlt. In einigen Orten des Voigtlandes und des Erzgebirges werden die neuen Teuerungszulagen sehr noch nicht gewährt, und ist es, gelinde gesagt, beschämend, daß Gehilfen, nachdem sie sich erst vorher hilfsuchend an den Gewerkschaftler gewandt haben, nachher auch noch schriftlich den Prinzipalen ihre Zufriedenheit mit den Schundlöhnen bekunden. Zu erwähnen ist, daß die Lehrlingszucht dorthin in vollster Blüte steht. Die Versammlung gedachte ehrend eines verstorbenen Kollegen und des 25jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Egemann.

### Verschiedene Eingänge

„Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse für die Graphischen Gewerbe zu Hamburg über das Rechnungsjahr 1918.“  
„Scheidemann, Der Aufstieg eines deutschen Arbeiters.“ Von Erich Kuttner. Preis 1 Mk. 1919. Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H., Berlin SW 68. Unter diesem Titel bringt der genannte Verlag eine Lebensbeschreibung des deutschen Ministerpräsidenten heraus, die lebhaftes Interesse wahrufen wird. Die Schrift bemüht sich, nicht nur das rein Politische, sondern das Empirische und für die Arbeiterbewegung Bedeutsame aus Scheidemanns Leben zur Geltung zu bringen. Der eigentlichen Lebensbeschreibung ist ein Kapitel vorangestellt, das die Beziehungen zwischen Sozialismus und Persönlichkeitswert gegenüber irdigen landläufigen Vorstellungen mit großer Eindringlichkeit darlegt. Die weitere Darstellung ist gewürzt durch die Einfügung einiger Anekdoten aus der Feder unseres Kollegen Scheidemann, welche die Darstellung ungemünzt beleben. Besonders wird es wohl die Mittelwelt interessieren, neben dem Politiker und Sozialisten Scheidemann auch den humorbegabten Menschen Scheidemann kennen zu lernen, der sich selbst und andere mit köstlicher Überlegenheit zu verporteln weiß.  
„Günstiger Geschäftsbericht der Volksbau-Gesellschaft m. b. H. in Leipzig über das Jahr 1918.“  
„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 9. 30. Jahrgang. 1919. Jahresbeitrag 6 Mk., Einzelheft 30 Pf. Verlag G. Harwig Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 16.